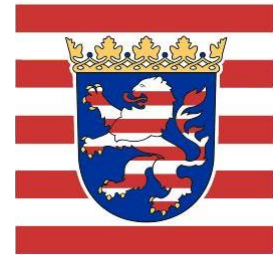




HESSEN



Bericht aus Brüssel

05/2023 vom 10.03.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Institutionelles..... | 3 |
| Außen- und Verteidigungspolitik..... | 3 |
| Wirtschaft..... | 6 |
| Energie..... | 9 |
| Forschung..... | 10 |
| Finanzdienstleistungen..... | 12 |
| Finanzen..... | 13 |
| Soziales..... | 14 |
| Gesundheit und Verbraucherschutz..... | 15 |
| Umwelt..... | 18 |
| Landwirtschaft..... | 19 |
| Justiz..... | 21 |
| Inneres..... | 22 |
| Bildung und Kultur..... | 24 |
| Information, Kommunikation und Medien..... | 25 |
| EU-Förderprogramme..... | 26 |
| Veranstaltungen..... | 26 |
| Vorschau..... | 30 |

Institutionelles

Kommission; Konferenz zur Zukunft Europas – Folgemaßnahmen: zweites Bürgerforum zum Thema virtuelle Welten

150 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus den 27 Mitgliedstaaten (1/3 junge Menschen zwischen 16 und 24 Jahren) kamen am 24.02.2023 und 26.02.2023 im zweiten Bürgerforum in Brüssel zusammen, um Lösungsvorschläge für die durch virtuelle Welten eröffneten Möglichkeiten in der EU vorzubringen. Es geht darum, Chancen und Risiken der virtuellen Welten auszuloten, Werte und Leitprinzipien der virtuellen Welt zu debattieren. Anschließend sollen Konkretisierungen folgen, die in einen Katalog von Empfehlungen münden sollen. Im Mittelpunkt des Ganzen stünden der Mensch und die europäischen Werte. Die Liste von Empfehlungen soll in die Arbeit der Kommission im Rahmen der bevorstehenden nicht-legislativen Initiative zu virtuellen Welten und zur Zukunft des Internets einfließen, die vor Sommer 2023 geplant ist. Ein wissenschaftlicher Ausschuss begleitet das Forum.

https://citizens.ec.europa.eu/virtual-worlds-panel_de

Kommission; Brexit; Protokoll IRL/Nordirland, politische Grundsatzvereinbarung „Windsor-Rahmen“

Die Kommission und die Regierung von GBR haben am 27.02.2023 eine grundsätzliche politische Einigung in Form eines „neuen Weges für das Protokoll IRL/Nordirland“ erzielt. Dieser „Windsor-Rahmen“ ist ein umfassendes Paket gemeinsamer Lösungen, die darauf abzielen, die praktischen Herausforderungen, mit denen Bürger und Unternehmen in Nordirland konfrontiert sind, endgültig zu bewältigen und ihnen dadurch dauerhafte Sicherheit und Berechenbarkeit zu bieten. Die gemeinsamen Lösungen umfassen u.a. neue Regelungen in den Bereichen Zoll, Lebensmittel, Arzneimittel, Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern. Diese neuen Regelungen sollen durch solide Schutzmechanismen untermauert werden, die die Integrität des EU-Binnenmarktes gewährleisten, zu dem Nordirland einen einzigartigen Zugang hat. Der EuGH bleibt auch weiterhin die einzige und letzte Instanz, die über das EU-Recht entscheidet.

https://commission.europa.eu/publications/windsor-political-declaration-european-commission-and-government-united-kingdom_de

Außen- und Verteidigungspolitik

Europäischer Rat; Ukraine: Reaktion auf Jährung des Beginns des russischen Angriffskrieges

Der Europäische Rat (ER) hat mit einer Erklärung der Mitglieder des ER vom 23.02.2023 auf den ersten Jahrestag des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine reagiert. Das ukrainische Volk habe seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges bei der Verteidigung seines Heimatlandes und der Grundprinzipien des Völkerrechts Stärke gezeigt. Es habe seine Entschlossenheit bei der Verteidigung von Demokratie und Freiheit unter Beweis gestellt. Russland verstoße mit seiner Aggression gegen die UN-Charta, die UN-Grundsätze sowie die Werte der Menschheit. Die EU hat vor, die Ukraine weiterhin in politischer, wirtschaftlicher, und militärischer Hinsicht zu unterstützen, u.a. durch rasche und koordinierte Beschaffungshilfe durch die europäische Industrie. Auch der Wiederaufbau der Ukraine werde unterstützt, wofür eingefrorene russische Gelder verwendet werden sollen. Diesem Zweck dient auch das zehnte Sanktionspaket. Dadurch könne u.a. auch gegen diejenigen vorgegangen werden, die versuchen, die EU-Sanktionen zu

umgehen. Gemeinsam mit internationalen Partnern will der ER dafür sorgen, dass die Ukraine die Oberhand gewinnt, das Völkerrecht geachtet wird, dass der Frieden und die territoriale Integrität der Ukraine wiederhergestellt werden und der Gerechtigkeit Genüge getan wird.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/02/23/statement-by-the-members-of-the-european-council/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Statement+by+the+Members+of+the+European+Council

Kommission; Aufruf zu uneingeschränkter Solidarität mit der Ukraine

Zum ersten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 24.02.2023 in Tallinn zur uneingeschränkten Unterstützung der Ukraine aufgerufen. Nach Treffen mit der estnischen Premierministerin Kaja Kallas und Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg bekräftigte von der Leyen, dass sich die EU weiter unerschütterlich für die Ukraine einsetzen werde. Von der Leyen sei überzeugt, dass sich die Ukraine durchsetzen werde, da die Ukrainerinnen und Ukrainer weder zurückschrecken noch zurückweichen. Außerdem blieben Europa und seine Partner standhaft. Seit Beginn des unprovokierten Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine habe die EU verschiedene Maßnahmen beschlossen, um einerseits die Ukraine zu unterstützen und andererseits dafür zu sorgen, dass Russland für seine Gräueltaten bezahle. Von der Leyen betonte, dass der russische Präsident Wladimir Putin bisher alle seine strategischen Ziele verfehlt habe. Um diesen Zustand aufrecht zu erhalten, müsse die Ukraine weiterhin alle Mittel bekommen, um sich verteidigen zu können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_23_1201

Rat; EU-Sanktionen gegen Wagner-Gruppe

Am 25.02.2023 hat der Rat beschlossen, zusätzliche restriktive Maßnahmen gegen Personen und Organisationen zu verhängen, die mit der Wagner-Gruppe in Verbindung stehen. Die Wagner-Gruppe ist eine private russische Militärorganisation, die in mehreren Ländern aktiv ist, darunter die Ukraine, Libyen, die Zentralafrikanische Republik, Mali und Sudan. Der Rat hat beschlossen, acht Personen und sieben Organisationen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen und friedensgefährdende Handlungen in der Zentralafrikanischen Republik, im Sudan und in Mali verantwortlich sind, zu sanktionieren. Darüber hinaus wurden gegen zwei Personen wegen Handlungen, die die territoriale Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben, Sanktionen verhängt. Zu den betroffenen Personen gehören zwei Befehlshaber der Wagner-Gruppe, die im Januar 2023 aktiv an der Einnahme der Stadt Soledar in der Ukraine beteiligt waren, der Leiter der Wagner-Gruppe in Mali sowie verschiedene hochrangige Mitglieder der Gruppe in der Zentralafrikanischen Republik. Auch Unternehmen im Sudan, an denen die Wagner-Gruppe beteiligt ist, werden sanktioniert. Zudem wurde der zentralafrikanische Radiosender Lengo Sengo in die Sanktionsliste aufgenommen, weil er im Namen der Wagner-Gruppe Operationen der Einflussnahme durchführt. Die Vermögenswerte der benannten Personen und Organisationen werden eingefroren. Für natürliche Personen gilt zusätzlich ein Reiseverbot, das sie an der Einreise in und der Durchreise durch EU-Gebiet hindert.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/02/25/wagner-group-council-adds-11-individuals-and-7-entities-to-eu-sanctions-lists/>

Rat; Zehntes Sanktionspaket gegen Russland

Am 25.02.2023 hat der Rat das zehnte Sanktionspaket gegen Russland wegen dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine angenommen. Das zehnte Sanktionspaket beinhaltet

u.a. weitere Ausfuhrverbote in Höhe von über elf Mrd. EUR, um der russischen Wirtschaft kritische Technologie und industrielle Güter zu entziehen. Dazu zählen Produkte wie Elektronik, Spezialfahrzeuge, Maschinenteile, Ersatzteile für Lkw und Triebwerke. Ferner gehören dazu auch Güter für das Baugewerbe, die Russland militärisch nutzen kann, z. B. Antennen oder Kräne. Es sollen nun auch Sanktionsmaßnahmen für Produkte mit doppeltem Verwendungszweck auf sieben iranische Unternehmen ausgeweitet werden. Die Iranische Revolutionsgarde beliefere Russland mit Kampfdrohen für den Angriff auf zivile Ziele in der Ukraine. Des Weiteren umfasst das Sanktionspaket Maßnahmen gegen die russischen Staatsmedien RT Arabic und Sputnik Arabic, denen durch die Maßnahme die Sendelizenzen innerhalb der EU entzogen werden sollen. Außerdem sollen Maßnahmen eingeführt werden, die verbieten, russischen Staatsangehörigen Gasspeicherkapazitäten zur Verfügung zu stellen, um die Sicherheit der Gasversorgung in der EU zu schützen und die Gefahr von Marktmanipulationen zu vermeiden. Darüber hinaus beschloss der Rat, eine beträchtliche Anzahl weiterer natürlicher und juristischer Personen unter die bisher bestehenden Sanktionen aufzunehmen. Zuletzt beschloss der Rat, detailliertere Meldepflichten für Gelder und wirtschaftliche Ressourcen einzuführen, die gelisteten Personen und Organisationen gehören, um die Wirksamkeit der Verbote des Einfrierens von Vermögenswerten zu gewährleisten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/02/25/one-year-of-russia-s-full-scale-invasion-and-war-of-aggression-against-ukraine-eu-adopts-its-10th-package-of-economic-and-individual-sanctions/>

EuG; Urteil zum Beschluss des Rates zur Aufnahme von Violetta Prigozhina in die Sanktionsliste wegen Unterstützung des russischen Angriffskrieges

Mit Urteil vom 08.03.2023 in der Rechtssache T-212/22 erklärte das Gericht der Union (EuG) den Beschluss des Rates über die Aufnahme von Violetta Prigozhina in die Sanktionsliste gegen Personen, die den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützen, für rechtswidrig. Im vorliegenden Fall wurde Violetta Prigozhina durch die Beschlüsse vom 23.02.2022 in die Sanktionsliste aufgenommen. Prigozhinas Aufnahme wurde vom Rat damit begründet, dass sie in direkten Geschäftsbeziehungen zu ihrem Sohn Yevgeniy Prigozhin stünde, der für die Entsendung der Wagner-Söldner in die Ukraine verantwortlich sei. Nach Ansicht des Rates sei Violetta Prigozhina Hauptgesellschafterin der Concord Management and Consulting LLC, einer Tochtergesellschaft der Concord-Gruppe, deren Hauptgesellschafter bis 2019 Violettas Sohn Yevgeniy war. Daraus folgend habe Violetta Prigozhina Handlungen unterstützt, die die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine untergraben. Das EuG entschied jedoch, dass sich aus den Beweismaterialien ergebe, dass Violetta Prigozhina seit 2017 nicht mehr Hauptgesellschafterin der Concord Management and Consulting LLC sei und der Rat zudem nicht nachgewiesen habe, dass Violetta Prigozhina zum Zeitpunkt des Erlasses der angefochtenen Rechtsakte Gesellschafterin anderer Unternehmen war, die mit ihrem Sohn verbunden seien. Daraus folgend sei die einzige Verbindung zwischen Violetta und Yevgeniy Prigozhin das Verhältnis von Mutter und Sohn. Diese familiäre Beziehung reiche nicht aus, um die Aufnahme von Violetta Prigozhina in die Sanktionsliste zu rechtfertigen.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-212/22>

Kommission; Bewerbungen für den RegioStars Award 2023

Am 27.02.2023 gab die Kommission bekannt, dass die Plattform für die Online-Bewerbungen für den RegioStars Award 2023 eröffnet wurde. Mit den RegioStars werden seit 2008 europaweit kohäsionsgeförderte Projekte ausgezeichnet, die Exzellenz und neue Ansätze in der Regionalentwicklung demonstrieren. Es sollen Projekte in sechs thematischen Kategorien ausgezeichnet werden: „Ein wettbewerbsfähiges und intelligentes Europa“; „Ein grünes Europa“; „Ein vernetztes Europa“; „Ein soziales und inklusives Europa“; „Ein bürgernäheres Europa“ sowie Projekte im Rahmen des „Europäischen Jahres der Kompetenzen 2023“. Laut dem diesbezüglichen Leitfaden setzt die Kommission dabei auf Bewerbungen aus vergleichsweise weniger entwickelten Regionen in Europa. Die Gewinner aus den sechs Kategorien erhalten eine lokale Kommunikationskampagne finanziert, die in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung gemanagt wird. Die Bewerbungsfrist endet am 31.05.2023.

<https://regiostarsawards.eu/>

Kommission; Aufruf zu Vorschlägen zur Integration ukrainischer kleiner und mittlerer Unternehmen

Am 28.02.2023 hat die Kommission zwei mit insgesamt 7,5 Mio. EUR dotierte Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht, die der Integration ukrainischer kleiner- und mittlerer Unternehmen (KMU) dienen sollen. Die erste Aufforderung mit einem Fördervolumen von 4,5 Mio. EUR bezieht sich auf vom Krieg betroffene KMU aus der Ukraine, die durch Gutscheine für Dienstleistungen und die Teilnahme an Messen in der EU unterstützt werden sollen. Durch die Gründung eines Konsortiums von Unternehmensverbänden, das bis zu 1.500 wachstums- und nachhaltigkeitsorientierte ukrainische KMU auswählt, sollen dann diese ausgewählten KMU eine direkte Unterstützung von bis zu 2.500 EUR erhalten. Die Bewerbungsfrist endet am 27.04.2023. Die zweite Aufforderung mit einem Fördervolumen von 3 Mio. EUR bezieht sich auf am Anfang ihrer Unternehmerkarriere stehende Ukrainerinnen und Ukrainer, die im Rahmen von „Erasmus für junge Unternehmer“ berufliche Erfahrungen in anderen europäischen Ländern sammeln wollen. Diese Aufforderung wird im Rahmen des bereits etablierten Programms „Erasmus für junge Unternehmer“ durchgeführt: Im Zuge der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen werden Organisationen in der Ukraine und der EU ausgewählt, die bis zu 430 ukrainische Unternehmerinnen und Unternehmer ausfindig machen und sie mit Gastunternehmern in der EU zusammenbringen sollen. Anschließend erhalten diese Unternehmerinnen und Unternehmer finanzielle Unterstützung und Zuschüsse für ihre Lebenshaltungs- und Reisekosten. Die diesbezügliche Frist für die Einreichung der Vorschläge endet am 11.05.2023.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_1224

Kommission; Unterzeichnung von Vereinbarungen mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) im Rahmen der „Global-Gateway“ Initiative

Die Kommission und die EIB haben am 28.02.2023 Vereinbarungen über ein Gesamtvolumen von 4 Mrd. EUR zur Umsetzung der „Global-Gateway“-Initiative der EU und zur Erreichung entwicklungspolitischer Ziele unterzeichnet. Es handelt sich dabei zum einen um eine Garantievereinbarung, mit der bis zu 3,5 Mrd. EUR an Darlehen mobilisiert werden sollen, um Unternehmen in den Ländern Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP-Staaten) bis 2027 zu unterstützen. Zum anderen geht es um einen Zuschuss i.H.v. 500.000 EUR an den AKP-Treuhandfonds.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1122

Kommission; Mitteilung von Beschwerdepunkten an Apple wegen Bedenken zu App-Store-Regeln für Musikstreaming-Anbieter

Am 28.02.2023 hat die Kommission Apple ihre Beschwerdepunkte hinsichtlich App-Store-Regeln für Musikstreaming-Anbieter übermittelt. Nach Ansicht der Kommission habe Apple seine marktbeherrschende Stellung missbraucht, indem es Entwicklern von Musikstreaming-Apps seine eigene Zahlungstechnologie bei In-App-Käufen auferlegt habe sowie Entwicklern die Möglichkeit genommen habe, auf alternative Streaming-Abonnements aufmerksam zu machen. Apple habe damit unlautere Handlungsbedingungen geschaffen und deshalb gegen Artikel 102 des AEUV verstoßen. Denn die Einschränkungen gegenüber den Entwicklern von Musikstreaming-Apps seien weder erforderlich noch angemessen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1217

Kommission; Einstellung der Untersuchungen gegen „The Coca-Cola Company“ und ihre Abfüller

Die Kommission hat am 28.02.2023 die Untersuchungen gegen den Konzern „The Coca-Cola Company“ und ihre Abfüller wie „Coca-Cola Europacific Partners“ und „Coca-Cola Hellenic“ eingestellt. Zuvor hatte die Kommission Bedenken geäußert, dass der Konzern seine Marktstellung missbrauche, um durch Rabattangebote bei Einzelhändlern den Markteintritt neuer Getränke zu verhindern. Laut der Kommission gebe es allerdings keinen ausreichenden Grund für weitere Untersuchungen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_1281

EuG; Urteile zur Rechtmäßigkeit von durch die Kommission verhängte Ausgleichszölle auf Glasfaserprodukten aus Ägypten bzw. China

Das Gericht der Union (EuG) entschied am 01.03.2023 mit Urteilen in den Rechtssachen T-480/20 und T-540/20, dass gegen in der chinesisch-ägyptischen Wirtschafts- und Handelskooperationszone Suez (Ägypten) ansässige, aber von China subventionierte Unternehmen Ausgleichszölle verhängt werden können. Das EuG kommt zu dem Ergebnis, dass die Antisubventionsgrundverordnung nicht ausschließt, dass eine finanzielle Beihilfe, die in Ägypten ansässigen Unternehmen von chinesischen Behörden und nicht unmittelbar von der ägyptischen Regierung gewährt wird, dieser als der Regierung im Ursprungs- oder Ausfuhrland zugerechnet werden kann. Damit weist das EuG die Klage von zwei Herstellern, die in Ägypten ansässig sind und sich in chinesischer Hand befinden, gegen die Kommission ab. Die Kläger wehrten sich damit ohne Erfolg gegen die von der Kommission endgültig verhängten Ausgleichszölle auf die Einfuhren bestimmter gewebter und/oder genähter Erzeugnisse aus Glasfasern mit Ursprung in China und Ägypten sowie einen endgültigen Ausgleichszoll auf die Einfuhren von Waren aus Endlosglasfaserfilamenten aus Ägypten.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-480/20>

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-540/20>

Rat; Annahme des Standpunkts zum Verordnungsvorschlag über Dienstleistungen im Bereich der kurzfristigen Vermietung von Unterkünften

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat hat am 02.03.2023 eine allgemeine Ausrichtung zum Verordnungsvorschlag über die Erhebung und den Austausch von Daten im Zusammenhang mit Dienstleistungen im Bereich der kurzfristigen Vermietung von Unterkünften angenommen. Daten von Online-Plattformen, die auf dem Markt für die kurzfristige Vermietung von Unterkünften tätig sind, sind derzeit nicht standardisiert, da die Mitgliedstaaten (MS) vielfältige Vorschriften und unterschiedliche Methoden

festgelegt haben. Ziel des Verordnungsvorschlags ist die Schaffung eines Rahmens für die Erhebung und den Austausch von Daten auf EU-Ebene. Gleichzeitig sollen aber auch Bestimmungen zur besseren Berücksichtigung der in den MS bereits bestehenden Registrierungssysteme festgelegt werden. MS, die Daten von Plattformen verlangen, werden verpflichtet, eine national „einheitliche digitale Zugangsstelle“ für die Datenübertragung zwischen Online-Plattformen, die kurzzeitige Vermietung von Unterkünften anbieten, und den Behörden einzurichten. Die zu vermieteten Objekte (Zimmer, Haus, Büro etc.) sollen mit Registrierungsnummern versehen werden, um die Identität des „Gastgebers“ identifizieren zu können. Die Online-Plattformen müssen stichprobenartig kontrollieren, ob diese Registrierungsnummern korrekt und gültig sind.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6522-2023-INIT/de/pdf>

Rat; Orientierungsaussprache über die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat hat am 02.03.2023 eine „Orientierungsaussprache über langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität – 30 Jahre Binnenmarkt und darüber hinaus“ durchgeführt. Grundlage der Aussprache war ein vom schwedischen Ratsvorsitz erstelltes Diskussionspapier. Die Aussprache war an den folgenden fünf Säulen ausgerichtet: Wahrung der Grundsätze der Marktwirtschaft, offener Handel, bessere Rechtsetzung, Innovationen sowie wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6043-2023-REV-1/de/pdf>

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2023/03/02/>

V e r k e h r

Kommission; Genehmigung deutscher Regelung zur Unterstützung von Schienenverkehrsunternehmen, die Elektroantrieb nutzen

Am 24.02.2023 hat die Kommission eine von DEU angemeldete Beihilferegulung über 1,1 Mrd. EUR zur Unterstützung von Schienenverkehrsunternehmen, die Elektroantrieb nutzen, genehmigt. Die Unternehmen sollen dadurch angesichts der in letzter Zeit angestiegenen Strompreise entschädigt werden. Ziel der Regelung ist es, die Wettbewerbsfähigkeit des Eisenbahnsektors zu erhalten sowie die Erreichung der Umweltziele der EU zu fördern. Konkret sollen Beihilfen in Form monatlicher verbilligter Stromrechnungen für Betreiber im Schienenverkehr gewährt werden. Die Stromversorger sollen analog zur Höhe des gewährten Rabatts entschädigt werden. Die Beihilferegulung gilt für den Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2023.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1203

Kommission; Annahme eines Maßnahmenpakets zur Straßenverkehrssicherheit

Die Kommission hat am 01.03.2023 ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr vorgelegt. Das Paket umfasst drei Richtlinienvorschläge, die sich auf drei Teilbereiche beziehen. Der erste Bereich umfasst die Erhöhung der Sicherheit auf den Straßen durch moderne Führerscheinvorschriften. Dabei soll u.a. einerseits die Probezeit sowie das begleitete Fahren eingeführt bzw. angepasst und andererseits ein digitaler Führerschein eingeführt werden. Der zweite Bereich umfasst die wirksame Durchsetzung grenzüberschreitender und sicherheitsrelevanter Verkehrsvorschriften. So sollen u.a. Delikte wie gefährliche Überholmanöver oder gefährliches Parken strenger verfolgt werden. Diese Ergänzungen sollen dazu beitragen, die Straflosigkeit bei derartigen Delikten zu verringern und die Mitgliedstaaten (MS) besser in die Lage zu versetzen, Zuwiderhandelnde aus anderen MS zu bestrafen. Der dritte Bereich bezweckt ein Ende der Straflosigkeit bei

schweren Verkehrsdelikten. Dazu soll ein neues System geschaffen werden, mit dem ein EU-weites Fahrverbot ausgesprochen werden kann, falls ein MS beschließt, einem Fahrer wegen eines Vergehens in seinem Hoheitsgebiet die Fahrerlaubnis zu entziehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1145

E n e r g i e

Rat; Informelle Ministertagung „Telekommunikation, Verkehr, Energie“

Am 27./28.02.2023 fand eine informelle Tagung des Rats „Telekommunikation, Verkehr, Energie“ in Stockholm statt. Am ersten Tag standen bei den für Energie zuständigen Ministerinnen und Ministern die Diskussionen über den Energiemarkt und die Energieversorgung im Mittelpunkt. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Vorbereitungen für den nächsten Winter und darüber hinaus. Es werde darüber diskutiert, wie die EU-Gesetzgebung ausreichende Investitionen in die fossilfreie Stromerzeugung und Infrastruktur, einschließlich Stromnetzen und Ladestationen, für eine Elektrifizierung des Verkehrssektors in großem Maßstab fördern kann und wie die Prioritäten über das Jahr 2030 hinaus aussehen sollten. Am zweiten Tag ging es um die künftige Energiepolitik für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit und die Vorbereitungen für die Umsetzung des EU-Klimapakets Fit for 55.

<https://swedish-presidency.consilium.europa.eu/en/events/informal-meeting-of-telecommunications-transport-energy-ministers-27-282/>

Europäische Batterieallianz; Fortschritte auf dem Weg zur Klimaneutralität

Die europäische Batterieallianz traf sich am 01.03.2023 zu ihrem siebten hochrangigen Treffen. Auf dem Treffen wurden einerseits die bisherigen Erfolge gewürdigt, andererseits aber auch die Herausforderungen der Zukunft angesprochen. Die europäische Batterieallianz habe bis jetzt eine herausragende Rolle beim Erreichen des Ziels der EU-weiten Klimaneutralität bis 2050 gespielt. Es würden immer mehr Lithium-Ionen-Akkus gefertigt, die die Position der EU als bedeutenden Batterieproduzenten einerseits sowie die Energieversorgung andererseits sicherten. Nichtsdestotrotz sei die Bedrohung durch den chinesischen Markt gravierend. Die EU müsse darauf achten, innerhalb der Batterie-Wertschöpfungskette mit den anderen Akteuren des Marktes, insbesondere China und den USA, beteiligt zu bleiben.

[Main takeaways_7th High-Level Meeting of EBA.pdf \(europa.eu\)](#)

Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff; Kommission; Fahrplan für Wasserstoffnormen

Die Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff hat am 02.03.2023 einen Fahrplan für die Normung von Wasserstoff vorgelegt. Der Fahrplan deckt den Standardisierungsbedarf für die gesamte Wasserstoff-Wertschöpfungskette ab von der Produktion, Verteilung, dem Transport und der Speicherung bis hin zu Endverbrauchsanwendungen. Die Kommission gab am selben Tag bekannt, dass sie den Fahrplan für die Normung von Wasserstoff begrüße. Die Festlegung europäischer Normen in diesem Bereich unterstütze die Ambitionen der EU auf eine klimaneutrale Wirtschaft. Die Roadmap gebe einen umfassenden Überblick über die von den Mitgliedern der Allianz ermittelten Regelungslücken, Herausforderungen und den Normungsbedarf. Diese Lücken stellten nach wie vor ein großes Hindernis für die Einführung von Wasserstofftechnologien, -anwendungen und -investitionen dar.

<https://ec.europa.eu/docsroom/documents/53721>

[Daily News 02 / 03 / 2023 \(europa.eu\)](#)

Digital

Kommission; Gigabit-Infrastruktur-Gesetz vorgelegt und Konsultation gestartet

Die Kommission hat am 23.02.2023 einen Vorschlag für ein Gigabit-Infrastrukturgesetz („Gigabit Infrastructure Act“) und den Entwurf einer Gigabit-Empfehlung vorgelegt sowie eine öffentliche Konsultation über „die Zukunft des elektronischen Kommunikationssektors und seiner Infrastruktur“ eingeleitet. Die Verordnung soll einen schnelleren und kostengünstigeren Ausbau von Gigabit-Netzen in der EU fördern. Sie ersetzt die Richtlinie über die Senkung der Breitbandkosten von 2014. Die Empfehlung enthält Leitlinien für nationale Regulierungsbehörden, die über die Bedingungen für den Zugang von Anbietern zu den Telekommunikationsnetzen von Betreibern mit beträchtlicher Marktmacht entscheiden. So will die Kommission Anreize für einen schnelleren Ausstieg aus den herkömmlichen Technologien und einen beschleunigten Ausbau von Gigabit-Netzen schaffen. Die Konsultation befasst sich mit der Frage, wie sich eine steigende Nachfrage nach Konnektivität und weitere technologische Fortschritte auf künftige Entwicklungen und den Bedarf auswirken könnten. Dies betrifft auch die Debatte um das sog. „Fair Share“, also die streitige Frage, ob große Online-Diensteanbieter wie Google oder Netflix, die zu einer entsprechenden Auslastung der Netze beitragen, an den Kosten für den Infrastrukturausbau herangezogen werden sollen. Die Konsultation endet am 19.05.2023.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/gigabit-infrastructure-act-proposal-and-impact-assessment> (Verordnungsvorschlag)

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/gigabit-connectivity-recommendation> (Empfehlung)

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/consultations/future-electronic-communications-sector-and-its-infrastructure> (Konsultation)

Kommission; Vorschlag zu Erhebung der DSA-Aufsichtsgebühren

Die Kommission hat am 02.03.2023 ihren Vorschlag für eine delegierte Verordnung zur Berechnung der Aufsichtsgebühren nach dem Digital Services Act (DSA) vorgelegt. Der DSA ist als Verordnung (EU) 2022/2065 seit 16.11.2022 in Kraft. Er sieht in Art. 43 vor, dass die Kommission von sehr großen Online-Plattformen (Very Large Online Platforms, VLOPs) und sehr großen Online-Suchmaschinen (Very Large Online Search Engines, VLOSEs), die ihrer Aufsicht unterliegen, eine jährliche Gebühr verlangt. Der Gesamtbetrag dieser Aufsichtsgebühren soll die geschätzten Kosten, die der Kommission im Zusammenhang mit ihren Aufsichtsaufgaben im Rahmen des DSA entstehen, abdecken. Die nun vorgelegte delegierte Verordnung legt Methodik und die Verfahren, wie diese Gebühren berechnet und erhoben werden sollen, fest. Die Kommission erwartet, dass sie die Aufsichtsgebühren im Herbst 2023 das erste Mal erheben wird.

<https://webgate.ec.europa.eu/regdel/#/delegatedActs/2039?lang=en>

Forschung

Kommission; Forschung; Innovation; neue Wissensgemeinschaft zu Kultur

Am 01.03.2023 hat die Kommission bekannt gegeben, dass ein neues Konsortium zum Aufbau einer neuen Wissensgemeinschaft (KIC) im Bereich Kultur und Kreativität eine Förderung in Höhe von bis zu 6 Mio. EUR erhalten wird. Diese Mittel sollen in die Schaffung der KIC investiert werden, um die Kultur- und Kreativsektoren und -industrien (CCSI) in der EU zu fördern. Es handelt sich um eine Wissensgemeinschaft, die künftig Förderausschreibungen im Bereich Kultur und Kreativität vorbereiten und

tätigen kann. Die Einrichtung der KIC CCSI im Rahmen von Horizont Europa wurde bereits 2019 beschlossen. Hauptziel dieser Anlaufphase ist nun die Schaffung neuer Rechtspersönlichkeiten und Verwaltungsstrukturen. Die deutsche Fraunhofer Gesellschaft wird das Konsortium bestehend aus 29 Organisationen koordinieren. Im nächsten Schritt wird das für die KIC zuständige Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) des Forschungsrahmenprogramms eine strategische Agenda für den Bereich Kultur und Kreativität für den Zeitraum bis 2027 entwickeln, bevor Förderausschreibungen an den Start gehen werden.

<https://eit.europa.eu/news-events/news/eit-culture-creativity-signs-eur-6-million-grant-its-start-phase>

Forschung; Horizont Europa; Hilfestellung für Anträge; Forschungsrahmenprogramm

Die Kommission hat am 28.02.2023 auf eine veröffentlichte Hilfestellung für Antragstellerinnen und Antragsteller für das Programm Horizont Europa aufmerksam gemacht. Für eine erfolgreiche Antragstellung in Horizont Europa seien eine sorgfältige Planung, eine genaue Budgetierung und eine gute Zusammenarbeit mit den Partnern erforderlich. Die Exekutivagentur der Kommission für die Forschung (REA) hat die entsprechenden Hinweise zusammengetragen und erstellt. Leitfrage ist, wie man einen qualitativ hochwertigen Antrag für Horizont Europa verfasst und „häufig gemachte Fehler“ vermeiden kann. Das Dokument listet einige selbstverständliche und grundlegende Hinweise auf, gibt aber auch neue Hinweise, die sich aus der Arbeit der REA ergeben, die für Anträge interessant sein können: z.B. der Ratschlag: „Gliedern Sie Ihren Vorschlag auf logische und zusammenhängende Weise. Skizzieren Sie die allgemeine Projektmethodik und gliedern Sie alle Elemente des Projekts. Dies trägt dazu bei, den Vorschlag mit den Zielen der jeweiligen Aufforderung und den Bewertungskriterien in Einklang zu bringen.“ Häufig wird von Antragstellenden auch nicht hinreichend der Kontext für die Förderausschreibungen berücksichtigt. Daher gibt die REA den wichtigen Ratschlag: „Berücksichtigen Sie die ‚anderen Anforderungen‘ oder politischen Erwägungen, die bei der Bewertung von Projekten bewertet werden.“ Dazu können u.a. Aspekte wie Interdisziplinarität, die Einbeziehung von Sozial- und Geisteswissenschaften, Open Science gehören, aber gerade auch Leitinitiativen der EU wie z.B. der Green Deal.

https://rea.ec.europa.eu/news/common-mistakes-avoid-when-applying-horizon-europe-funding-2023-02-09_en

Kommission; Forschung; Ukraine; Förderung der Mobilität von Forschenden

Am 25.02.2023 hat die Kommission die Ergebnisse einer neuen Ausschreibung zugunsten ukrainischer Forscherinnen und Forscher bekannt gegeben. Im Rahmen der neuen Initiative MSCA4Ukraine (Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen) konnten sich erstmals Forschende aus dem assoziierten Partnerland bewerben. Die Kommission gab bekannt, dass ab März 2023 124 ukrainische Forschende (111 Postdocs, 13 Doktoranden) ihre Arbeit an einer Gasteinrichtung in einem Mitgliedstaat oder einem assoziierten Land fortsetzen können. Die Initiative MSCA4Ukraine wurde im April 2022 als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ins Leben gerufen und startete im September 2022 mit einem Budget von 25 Mio. EUR. Die größte Gruppe der erfolgreichen Bewerber ging nach DEU (26), gefolgt von CZR (17) und FRA (14). Für das Programm wurden über 400 Bewerbungen von Gasteinrichtungen aus 28 Ländern eingereicht. Das Förderprogramm Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen ist im Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa seit Langem etabliert und wurde von der Kommission eingerichtet, um die länderübergreifende Mobilität von Forschenden voranzubringen.

<https://sareurope.eu/msca4ukraine-fellowship-results/>

Kommission; Forschung; Wasserstoff; Forschungsagenda

Am 01.03.2023 hat die Kommission auf Initiative von Forschungskommissarin Mariya Gabriel im Rahmen eines öffentlichen Events in Brüssel mit Partnern v.a. aus der Industrie eine Erklärung zu „Hydrogen Valleys“ unterzeichnet. Durch diese Wasserstoffinitiative sollen in der EU ganzheitliche Ökosysteme im Bereich des Wasserstoffs und der diesbezüglichen Forschung und Innovation vorangetrieben und ausgebaut werden. Diese Erklärung hatte die Kommission zuvor in Form eines formellen Anhangs zu einem Kommissionsbeschluss (Annex) verabschiedet. Hydrogen Valleys sind laut der Generaldirektion Forschung konzeptionell bestens dafür geeignet, sauberen Wasserstoff zu produzieren und Wasserstoffspeicherung, -verteilung und -verwendung zu voll funktionsfähigen und nachhaltigen lokalen oder regionalen Wertschöpfungsketten zusammenzuführen. In der Erklärung verpflichtet sich die Kommission mit Partnern u.a. aus der Industrie dazu, die Forschungsagenda in diesem Bereich zu stärken. Die Kommission verweist v.a. darauf, dass sie im Rahmen von Horizont Europa das gemeinsame Unternehmen „Clean Hydrogen“ vorantreibt, das mit 1 Mrd. EUR ausgestattet wird. Zudem würden von der EU-Ebene für die Valleys weitere 200 Mio. EUR gesondert bereitgestellt. Auch soll laut der Erklärung künftig das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und hier insbesondere die Initiative InnoEnergy stärker genutzt werden, um die Wasserstoffnutzung in der EU auf eine neue Ebene zu bringen.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/hydrogen-valleys-strategic-autonomy-eu-2023-03-01_en&pk_campaign=whatsnew_newsletter

Finanzdienstleistungen

Rat; EP; Vorläufige Einigung über europäische grüne Anleihen

Rat und EP haben am 28.02.2023 eine vorläufige Einigung über eine Verordnung zur Einführung eines neuen, freiwilligen Standards für europäische grüne Anleihen (European Green Bonds, EuGBs) erzielt und die Trilogverhandlungen damit beendet. Dabei handelt es sich um den weltweit ersten Standard für grüne Anleihen. Die vorläufige Einigung bedarf nun noch der formellen Bestätigung und Annahme durch das EP und den Rat. Der Standard für EuGBs dient der Förderung der europäischen Strategie für die Finanzierung nachhaltigen Wachstums. Neben der Etablierung einheitlicher Anforderungen an Emittenten soll ein System für die Registrierung und ein Aufsichtsrahmen externer Bewerter eingeführt werden. Der Standard ermöglicht Anlegern qualitativ hochwertige grüne Anleihen leichter zu erkennen. Dadurch soll das Vertrauen der Anleger gestärkt sowie Greenwashing reduziert werden. Die vorläufige Einigung sieht vor, dass alle Erlöse aus der Emission von EuGBs für solche Wirtschaftstätigkeiten zweckgebunden sein müssen, die mit der EU-Taxonomie übereinstimmen. Für Bereiche, die bisher nicht von der EU-Taxonomie erfasst sind, ist zunächst ein Flexibilitätsrahmen von 15% vorgesehen. Zudem beinhaltet der Kompromiss auch freiwillige Offenlegungsregelungen für solche Anleihen, die zwar ökologisch nachhaltig oder nachhaltigkeitsbezogen sind, aber nicht alle Anforderungen für die Qualifikation als EuGBs erfüllen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/02/28/sustainable-finance-provisional-agreement-reached-on-european-green-bonds/>

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230227IPR76596/legislators-strike-deal-on-new-standard-to-fight-greenwashing-in-bond-markets>

EuGH; Mehrwertsteuerpflicht bei Online-Vermittlungsplattformen

Der EuGH hat am 28.02.2023 in der Rechtssache C-695/20 (Fenix International Ltd/Commissioners for Her Majesty's Revenue and Customs) geurteilt, dass der Rat der EU seine Durchführungsbefugnisse nicht überschritten habe, indem er klargestellt habe, dass eine Vermutung dafür bestehe, dass der Betreiber einer Plattform wie Only Fans der Erbringer der angebotenen Dienstleistungen sei. Denn dies stelle lediglich eine zulässige Präzisierung der Mehrwertsteuerrichtlinie dar und ergänze oder verändere sie nicht. Der Rat habe somit seine Kompetenzen nach Art. 397 der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie nicht überschritten. Zudem gelte ein Portal unwiderlegbar als im eigenen Namen und für fremde Rechnung handelnd, wenn es die Abrechnung mit dem Dienstleistungsempfänger autorisiere, die Erbringung der Dienstleistungen genehmige oder die allgemeinen Bedingungen der Erbringung festlege. Diese Umstände rechtfertigten unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und geschäftlichen Realität, den Portalbetreiber in der Leistungskette zwischen Gestalter und Fan als Leistungserbringer anzusehen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=270747&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=4185660>

EuRH; Prüfer fordern Vereinfachung der komplexen EU-Finanzlandschaft

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 01.03.2023 seinen Sonderbericht zum Thema „Die Finanzlandschaft der EU: Ein Flickwerk, das weitere Vereinfachung und mehr Rechenschaftspflicht erfordert“, veröffentlicht. Es seien in den vergangenen 15 Jahren immer mehr Finanzierungsinstrumente außerhalb des EU-Haushalts geschaffen worden, was in einem viel zu komplexen Flickwerk resultiere. Die Prüfer beanstanden, dass bei einigen dieser Instrumente eine Lücke hinsichtlich der Wirtschaftlichkeitsprüfung bestehe und es an einer Kontrolle durch das EP bzw. der Öffentlichkeit mangle. Diese sei jedoch unverzichtbar, da so sichergestellt werde, dass die Finanzierungsinstrumente legitim und gerechtfertigt seien und über sie Rechenschaft abgelegt werde. Die Prüfer empfehlen die Veröffentlichung sämtlicher Informationen über die gesamte Finanzlandschaft der EU, die Einbeziehung des Modernisierungsfonds in den EU-Haushalt und eine angemessene Vorabbewertung der gewählten Gestaltung von neuen sowie die Konsolidierung bestehender Finanzhilfelinstrumente.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR23_05/SR_EU-financial-landscape_DE.pdf

Kommission; Haushaltspolitische Leitlinien für 2024

Am 08.03.2023 veröffentlichte die Kommission ihre Leitlinien für die Mitgliedstaaten (MS) zur Haushaltspolitik 2024. Diese sollen als Grundlage für die Ausarbeitung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme dienen, in denen die MS ihre mittelfristigen haushaltspolitischen Planungen darlegen. Zudem werden die zentralen Grundsätze aufgezeigt, anhand derer die Kommission die Überwachung der Haushaltsergebnisse der MS vornehmen wird. Ebenso wird ein Überblick über den Verhandlungsstand für eine Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung gegeben, da es schwierig wäre zu den Vorschriften zurückzukehren, die vor Inkraftsetzung der Ausweichklausel im Jahr 2020 und damit vor dem erheblichen Anstieg der Schuldenquote in den MS galten. Die Ausweichklausel erleichterte die Schuldenaufnahme angesichts des wirtschaftlichen Abschwungs im Zuge der Corona-Pandemie und wird Ende 2023 außer Kraft gesetzt.

https://economy-finance.ec.europa.eu/system/files/2023-03/COM_2023_141_1_EN_ACT_part1_v4.pdf

EuRH; Lückenhafter Schutz der finanziellen Interessen der EU beim Corona-Wiederaufbaufonds

Am 08.03.2023 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) seinen siebten Sonderbericht zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit (ARF). Der EuRH stellt fest, dass den Mitgliedstaaten (MS) 724 Mrd. EUR zur Verfügung stehen, um ihre Wirtschaft anzukurbeln, wenn sie im Gegenzug Reformen durchführen und öffentliche Investitionen vornehmen. Die Prüfer haben sodann die Ausgestaltung des von der Kommission eingerichteten Kontrollmechanismus untersucht und sind zu dem Schluss gekommen, dass bezüglich der Gewährleistung und der Rechenschaftspflicht beim Schutz der finanziellen Interessen der EU Lücken bestehen. Die MS seien verpflichtet, zu kontrollieren, ob ARF-Investitionsvorhaben den EU- und nationalen Vorschriften entsprechen. Allerdings verfüge die Kommission kaum über selbst ermittelte und abgesicherte Informationen darüber, ob und wie diese nationalen Kontrollen durchgeführt werden. Ohne die Gewähr, dass die Vorschriften eingehalten würden, bestehe auf EU-Ebene ein Mangel an Rechenschaftspflicht. Die Prüfer empfehlen deswegen u.a. die Verbesserung der Verfahren für nachträgliche Überprüfungen, die Ausarbeitung von Leitlinien für die Rückgängigmachung einer Maßnahme und die Beseitigung der Sicherheitslücke auf EU-Ebene in Bezug auf die Einhaltung der EU- und nationalen Vorschriften.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR-2023-07/SR-2023-07_EN.pdf

S o z i a l e s

Kommission; Rat; EP; Internationaler Frauentag

Am 08.03.2023, anlässlich des Internationalen Frauentages, standen die EU-Institutionen für Frauenrechte ein. Sie nutzten diesen Tag, um auf Themen wie z.B. häusliche und sexualisierte Gewalt und die Lohnlücke aufmerksam zu machen. Dabei betonten sie die Erfolge des letzten Jahres, jedoch gleichermaßen die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen, um Frauen, die LGBTQI+Community und andere vulnerable Gruppen zu stärken. Sowohl in Europa als auch weltweit gebe es eine Gegenbewegung, die hart erkämpfte Errungenschaften gefährde. Auch die Fraktionen sowie zahlreiche weitere Organisationen veröffentlichten Berichte und Artikel im Rahmen des Internationalen Frauentages.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230306IPR77013/we-cannot-wait-another-60-years-to-achieve-gender-equality>

EP; Europäisches Jahr der Kompetenzen beginnt im Mai

Am 07.03.2023 konnten EP und teilnehmende Mitgliedsstaaten (MS) hinsichtlich des Europäischen Jahrs der Kompetenzen eine Einigung erzielen. Die Kommission hatte den Mitgesetzgebern im vergangenen Oktober ihren Vorschlag für das Europäische Jahr der Kompetenzen 2023 vorgelegt. Die Initiative soll die Herausforderungen und Chancen adressieren, die der digitale und der ökologische Wandel für den Arbeitsmarkt mit sich bringen und welche neuen Fähigkeiten der Arbeitskräfte sie erfordern. Umschulungen und Höherqualifizierungen sollen dabei dem Arbeitskräftemangel entgegenwirken und richten sich u.a. an junge Menschen, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit benachteiligtem Hintergrund und Vertriebene.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230306IPR77008/legislators-reach-agreement-to-start-the-european-year-of-skills-on-may-9>

EUAA; Überarbeitete Strategie für das gemeinsame Asylsystem

Am 07.03.2023 veröffentlichte die Agentur der Europäischen Union für Asyl (EUAA) die überarbeitete Strategie zur externen Zusammenarbeit (External Cooperation Strategy). Die Strategie wurde den Entwicklungen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) seit 2019 sowie dem Inkrafttreten der aktualisierten EUAA-Verordnung angepasst. Die EUAA wird die vollständige Angleichung der Kandidatenländer und potenziellen Kandidatenländer an die Normen und Standards des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems unterstützen und anderen ausgewählten Partnerdrittstaaten bei der Verbesserung ihres Asyl- und Aufnahmesystems Unterstützung anbieten. Zudem sollen die Mitgliedstaaten verstärkt bei Neuansiedlung und humanitären Aufnahmeaktivitäten Hilfestellung von der EU-Ebene erfahren.

<https://euaa.europa.eu/news-events/euaa-presents-new-strategy-external-dimension-international-protection>

EUAA; Bericht über Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten

Am 08.03.2023 veröffentlichte die Agentur der Europäischen Union für Asyl (EUAA) ihren Bericht über die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter im Jahr 2022. Der Bericht zeigt auf, wie durch die Richtlinie über vorübergehenden Schutz über vier Mio. aus der Ukraine vertriebene Menschen sofortigen Schutz erhalten konnten. Die EU-Mitgliedstaaten (MS), die an die Ukraine grenzen, wandelten die Notstrukturen schrittweise in zentrale Anlaufstellen um, in denen mit der Zeit auch die Registrierung für den vorübergehenden Schutz durchgeführt wurde. Hervorstechend war sowohl das oftmals einheitliche Vorgehen der MS als auch die Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten.

<https://euaa.europa.eu/news-events/ukraine-eu-temporary-protection-has-given-millions-safety-while-safeguarding-asylum-systems>

EuGH; Urteil stärkt Schutz von täglichen Ruhezeiten

Der EuGH hat am 02.03.2023 sein Urteil zur Frage des Verhältnisses von täglichen und wöchentlichen Ruhezeiten gefällt. Geklagt hatte ein ungarischer Lokführer gegen die Entscheidung seiner Arbeitgeberin, der ungarischen Eisenbahngesellschaft MÁV-START, ihm keine tägliche Ruhezeit von mindestens elf zusammenhängenden Stunden zu gewähren. Diesen Umfang sieht die europäische Richtlinie über die Arbeitszeitgestaltung als tägliche Mindestruhezeit vor. Als Begründung führte die Eisenbahngesellschaft an, dass die tarifvertragliche wöchentliche Mindestruhezeit von 42 Stunden deutlich über die europäischen Mindestanforderungen von 24 Stunden hinausginge. Der Gerichtshof urteilt, dass es sich bei der wöchentlichen und täglichen Ruhezeit um unterschiedliche und autonome Rechtsansprüche handle, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu gewährleisten ist. Die tägliche Ruhezeit von elf Stunden innerhalb eines Tages ist demnach auch dann einzuhalten, wenn tarifvertragliche Regelungen zur wöchentlichen Arbeitszeit ein größeres Schutzniveau gewährleisten, als dies die europäischen Mindeststandards vorsehen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=270828&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1216887>

Gesundheit und Verbraucherschutz

EuGH; Urteil zum Inverkehrbringen von Tabakerzeugnissen

Der EuGH hat am 09.03.2023 ein Urteil zum Inverkehrbringen von Tabakerzeugnissen gefällt. Geklagt hatte der deutsche gemeinnützige Verein Pro Rauchfrei gegen die Betreiber zweier Münchner Supermärkte. Auf den dort betriebenen

Ausgabeautomaten für Zigarettenpackungen waren keine Warnhinweise und sog. „Schockbilder“ kenntlich. Im Rahmen einer Vorlage zur Vorabentscheidung hatte der EuGH bereits am 09.12.2021 geurteilt, dass Abbildungen auf Automaten, deren „Gestaltung hinsichtlich Umrissen, Proportionen, Farben und Markenlogo“ mit echten Zigarettenpackungen in Verbindung gebracht werden, jedoch ebenfalls mit jenen Warnhinweisen zu versehen sind, die für die Zigaretenschachteln selbst vorgesehen sind. Der vorliegende deutsche Bundesgerichtshof (BGH) hatte sich im Rahmen des Verfahrens erneut an den EuGH zur Auslegung der EU-rechtlichen Vorgaben gewandt. Hierzu urteilt der EuGH, dass auch die Bereithaltung von Tabakerzeugnissen in Warenausgaben von der Definition des Begriffs „Inverkehrbringen“ erfasst werden. Dass diese Erzeugnisse –und somit die gesundheitsbezogenen Warnhinweise – bei einem Automatenverkauf von außen nicht sichtbar sind, stellt jedoch alleine noch keinen Grund dar, dass somit die Warnhinweise entgegen der EU-Vorgaben als „verdeckt“ einzustufen wären. Inwiefern das Inverkehrbringen von Tabakprodukten im konkreten Fall insgesamt den europäischen Rechtsvorschriften entspricht, ist somit im nächsten Schritt zunächst durch den BGH zu prüfen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=271080&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1449420>

Rat; Hersteller erhalten mehr Zeit zur Zertifizierung von Medizinprodukten

Am 07.03.2023 hat der Rat den Vorschlag der Kommission angenommen, benannten Stellen und Herstellern mehr Zeit für die Zertifizierung von Medizinprodukten einzuräumen. Das EP hatte den Vorschlag bereits im vergangenen Monat angenommen. Der überarbeitete Zeitplan biete der Industrie mehr Flexibilität und verringere das kurzfristige Risiko von möglichen Engpässen bei der medizinischen Versorgung. Auf dieser Weise soll der Zugang zu Medizinprodukten für Patientinnen und Patienten sichergestellt werden, ohne entsprechende Sicherheitsstandards abzusenken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_23_1504

ECDC; EU-Initiative Gesundheits-Sicherheit

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (European Centre for Disease Prevention and Control, ECDC) veröffentlichte am 08.03.2023 einen Rückblick über die EU Initiative zur Gesundheitssicherheit (Health Security) im Jahr 2022. Bei der Initiative handelt es sich um ein Fünfjahresprogramm (2020-2025), das darauf abzielt, die Bereitschafts- und Reaktionskapazitäten im Bereich der öffentlichen Gesundheit in den Partnerländern der EU-Erweiterung und der europäischen Nachbarschaftspolitik zu verbessern. Im Jahr 2022 hat die Initiative eine Reihe erfolgreicher Maßnahmen in den Bereichen personalorientierter Kapazitätsaufbau, Epidemiekämpfung, Risikobewertung, Bereitschaft und Reaktion, Integration in ECDC-Systeme, Wissensaustausch und Netzwerke durchgeführt.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/eu-initiative-health-security-look-back-achievements-2022>

EBI; Initiative fordert erste tabakfreie Generation Europas bis 2030

Eine von der Kommission zugelassene Europäische Bürgerinitiative (EBI) fordert ein Verkaufsverbot von Tabakerzeugnissen und Nikotinprodukten an Bürgerinnen und Bürger ab Geburtsjahrgang 2010. Zudem plädiert sie für die Ausweitung rauch- und qualmfreier Zonen, für ein Verbot der Tabakwerbung und für die Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten (FuE) zu Krankheiten, die durch Tabakkonsum verursacht werden.

https://europa.eu/citizens-initiative/initiatives/details/2022/000005_de

OSHA; Neurotoxikologie am Arbeitsplatz

Am 09.03.2023 veröffentlichte die EU-Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (Occupational Safety and Health Administration, EU-OSHA) einen Artikel über Neurotoxikologie am Arbeitsplatz. Die potenziellen Gesundheitsrisiken durch die Exposition gegenüber toxischen Arbeitsstoffen seien ein wichtiges Gesundheitsproblem. V.a. organische Lösungsmittel, Metalle und Pestizide seien an berufsbedingten neurologischen Erkrankungen beteiligt. Von den Tausenden von Chemikalien, die heute in Gebrauch sind, sei jedoch nur für einen kleinen Teil nachgewiesen, dass er beim Menschen Neurotoxizität verursache. Die Informationen über die Exposition seien immer noch unzureichend, und die Auswirkungen einer geringen Exposition schwer nachzuweisen; immer mehr Studien wiesen aber auf einen Zusammenhang mit dem Auftreten oder Fortschreiten neurologischer Erkrankungen hin.

<https://osha.europa.eu/en/oshnews/oshwiki-article-spotlight-occupational-neurotoxicology>

EuGH; Schlussanträge Kostenerstattung bei Repatriierungsflug

Generalanwalt Emiliou hat am 02.03.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-49/22, Austrian Airlines (Repatriierungsflug), zu der Frage vorgelegt, ob Fluggäste, deren Rückflug aufgrund der Covid-19-Pandemie annulliert wurde, von der Fluglinie eine Erstattung der Kosten verlangen können, die sie für einen staatlich organisierten Repatriierungsflug zahlen mussten. Geklagt hatte ein österreichisches Ehepaar, das Anfang März 2020 nach Mauritius reiste. Während des Aufenthalts auf Mauritius wurde der Rückflug aufgrund der von den österreichischen Behörden getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid 19-Pandemie gestrichen. Das Ehepaar trat daher einen vom österreichischen Außenministerium organisierten Repatriierungsflug an, der von derselben Fluggesellschaft (Austrian Airlines) durchgeführt wurde und am selben Tag und zur selben Uhrzeit wie der ursprüngliche Flieger abflog. Für den Repatriierungsflug musste jeder Fluggast einen Unkostenbeitrag von 500 EUR an das zuständige Ministerium entrichten. Der Generalanwalt sieht in der Fluggastrechteverordnung keine Grundlage dafür, dass der Fluggast von Austrian Airlines die Erstattung des für den Repatriierungsflug an das Ministerium gezahlten verpflichtenden Unkostenbeitrags verlangen kann. Umgekehrt habe er nach dieser Verordnung einen Anspruch auf Erstattung des vollständigen Flugpreises für den ursprünglichen Rückflug. Alternativ könne er vom Reiseveranstalter gemäß der Pauschalreiserichtlinie 2015/2302 eine Preisminderung für die nicht vertragsgemäße Erfüllung des Pauschalreisevertrags aufgrund der Nichtverfügbarkeit des Rückflugs verlangen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=270843&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1217940>

Kommission; Erklärung von WhatsApp zu mehr Transparenz bei Änderungen der Nutzungsbedingungen

Am 06.03.2023 veröffentlichte die Kommission, dass sich das Unternehmen WhatsApp nach einem Dialog mit EU-Verbraucherschutzbehörden und der Kommission (Netzwerk für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz, CPC-Netz) zu mehr Transparenz bei Änderungen seiner Nutzungsbedingungen bereiterklärt hat. Weiterhin bestätigte das Unternehmen, dass die personenbezogenen Daten der Nutzerinnen und Nutzer nicht zu Werbezwecken weitergegeben werden. Das Gespräch kam zustande, nachdem das CPC-Netz WhatsApp erstmals im Januar und anschließend im Juni 2022 aufgrund einer Warnmeldung des Europäischen Verbraucherverbands (BEUC) und seiner Mitgliedsverbände wegen mutmaßlicher unlauterer Praktiken des Unternehmens bei der Aktualisierung seiner

Nutzungsbedingungen und Datenschutzbestimmungen angeschrieben hatte. Die Zusagen bezüglich künftiger Änderungen der Geschäftspolitik von WhatsApp enthalten, dass das Unternehmen erklären wird, welche Änderungen an den Verträgen der Nutzerinnen und Nutzer es plant und wie sich diese Änderungen auf die Verbraucherrechte auswirken könnten. Weiterhin soll die Option zur Ablehnung aktualisierter Nutzungsbedingungen genauso deutlich angeboten werden wie die Möglichkeit, diese zu akzeptieren. WhatsApp wird darüber hinaus gewährleisten, dass Benachrichtigungen mit Update-Informationen ausgeblendet oder die Überprüfungen auf Updates aufgeschoben werden können, die Entscheidungen der Nutzerinnen und Nutzer respektieren und Benachrichtigungen nicht wiederholt versenden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_1302

U m w e l t

Kommission; Konsultation zu Anforderungen an umweltgerechte Gestaltung von Haushaltswäschetrocknern

Am 01.03.2023 eröffnete die Kommission eine Konsultation zur Überprüfung der Anforderungen an eine umweltgerechte Gestaltung von Haushaltswäschetrocknern. Hintergrund ist der Erlass der EU einer Ökodesign-Maßnahme für Haushaltswäschetrockner im Jahre 2012, in der Mindestanforderungen an die Energieeffizienz festgelegt sind, die seit 2013 gelten. Zusätzlich hat die EU eine Maßnahme zur Energieverbrauchskennzeichnung, um Verbraucherinnen und Verbrauchern Angaben zum Energieverbrauch und anderen Umweltparametern zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahme wird vor dem Hintergrund des technischen Fortschritts überprüft. Die Konsultationsfrist endet am 29.03.2023.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13367-Anforderungen-an-die-umweltgerechte-Gestaltung-von-Haushaltswaschetrocknern-Überprüfung-de>

Kommission; 816 Mio. EUR für den Schutz der Ozeane

Am 02.03.2023 bekräftigte die EU auf der achten Konferenz „Unser Ozean“ in Panama ihr Engagement für die internationale Meerespolitik, indem sie insgesamt 39 Verpflichtungen im Zusammenhang mit für das Jahr 2023 vorgesehenen Maßnahmen ankündigte. Die Verpflichtungen finden dabei in den Themengebieten Meeresschutzgebiete, Verschmutzung der Meere, Klimawandel, nachhaltige Fischerei, nachhaltige blaue Wirtschaft und maritime Sicherheit statt. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen stellt die EU ein Budget von 816,5 Mio. EUR zur Verfügung. Unter anderem sollen 320 Mio. EUR für die Meeresforschung zum Schutz der biologischen Vielfalt der Meere und zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Ozeane eingesetzt werden. Des Weiteren wird die Kommission der Allianz für Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei) beitreten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1290

Kommission; neue und aktualisierte Prüfmethode für Sicherheitsprüfungen von Chemikalien

Die Kommission hat am 03.03.2023 rund 100 neue und aktualisierte Prüfmethode für die vorgeschriebenen Sicherheitsprüfungen von Chemikalien im Rahmen von REACH (Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) angenommen. Nach diesen neuen Vorschriften wird in der Verordnung direkt auf international anerkannte Methoden (z. B. OECD-Prüfrichtlinien) für die neuen Prüfmethode verwiesen, wodurch langwierige Verfahren vermieden werden. Bei den

meisten dieser Methoden sind keine Tierversuche mehr notwendig. Mit diesem schnelleren Verfahren reagiert die Kommission auf die Forderung, die Einführung tierversuchsfreier Alternativen zu beschleunigen. Dies soll dazu beitragen, das politische Ziel der EU zu erreichen, die Verwendung von Tieren für regulatorische Tests schrittweise einzustellen.

https://environment.ec.europa.eu/news/chemical-testing-new-safety-test-methods-approved-2023-03-03_de

Kommission; Einigung über globales Abkommen zum Schutz der Meere

Am 04.03.2023 wurden die Verhandlungen über das globale Abkommen „Biologische Vielfalt in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsgewalt“ (Biodiversity Beyond National Jurisdiction, BBNJ) auf der 5. Regierungskonferenz in New York abgeschlossen. Ziel dieses Abkommens ist es, die Weltmeere zu schützen, Umweltzerstörung und Klimawandel zu bekämpfen und den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten. Es bietet daher zukünftig die Möglichkeit, großflächige Meeresschutzgebiete auf Hoher See einzurichten, die erforderlich sind, um der Verpflichtung aus dem Kunming-Montreal-Abkommen über die biologische Vielfalt nachzukommen, mindestens 30% unserer Meere bis 2030 unter Schutz zu stellen. Erstmals wird durch dieses Abkommen eine Bewertung der Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten auf die Biodiversität der Hohen See vorgeschrieben. Das Abkommen tritt in Kraft, sobald es 60 Staaten ratifiziert haben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1382

Kommission; 116 Mio. EUR für das LIFE-Programm

Die Kommission hat am 09.03.2023 Investitionen von mehr als 116 Mio. EUR in die neuen strategischen Projekte des LIFE-Programms (L'Instrument Financier pour l'Environnement, LIFE) angekündigt. Weiterhin werden erhebliche zusätzliche finanzielle Mittel aus den Mitgliedsstaaten sowie anderen EU-Finanzierungsquellen, einschließlich der Agrar-, Struktur-, Regional- und Forschungsfonds, erwartet. Die acht von den angekündigten Investitionen betroffenen Projekte befassen sich mit dem Schutz und Wiederherstellung der Natur in BEL und POL, der Wasserqualität und Abfallbewirtschaftung in der SLO und FIN, Anpassung an den Klimawandel in EST, ESP und ITL und den Klimaschutz in POL. Das LIFE-Programm ist das Finanzierungsinstrument der EU für die Umwelt- und Klimapolitik. Die strategischen Naturschutzprojekte und die strategischen integrierten Projekte des LIFE-Programms unterstützen die Umsetzung der Umwelt- und Klimapolitik der EU sowie der entsprechenden Rechtsvorschriften auf regionaler, multiregionaler, nationaler oder transnationaler Ebene.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1526

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Sondierungen zu Fischereiabkommen und Protokoll zwischen der EU und Cabo Verde

Am 24.02.2023 hat die Kommission Sondierungen zum weiteren Vorgehen der Fischereiabkommen und Protokoll zwischen der EU und Cabo Verde eröffnet. Der zur Konsultation stehende Vorschlag fordert den Rat auf, die Kommission zur Aushandlung eines neuen Protokolls mit Cabo Verde zur Umsetzung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zu ermächtigen, da das derzeitige Protokoll im Mai 2024 ausläuft. Im Falle einer Einigung können EU-Schiffe unter den im Protokoll festgelegten Bedingungen gegen finanzielle und technische Hilfe Zugang zu den lokalen Fanggründen erhalten. Rückmeldungen sind bis zum 09.04.2023 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13655-Fischereiabkommen-und-Protokoll-zwischen-der-EU-und-Cabo-Verde-weiteres-Vorgehen_de

Kommission; Vorschlag für digitale Kennzeichnung für EU-Düngemittel

Die Kommission hat am 27.02.2023 einen Vorschlag über die freiwillige digitale Kennzeichnung von Düngemitteln in der EU angenommen. In der EU wird die digitale Kennzeichnung bereits für einige Produkte verwendet, die Chemikalien enthalten, z. B. für Batterien. Für andere Produkte, wie Waschmittel, Kosmetika und Chemikalien, werden derzeit Vorschriften für die digitale Kennzeichnung geprüft. Lieferanten von Düngemitteln, die EU-weiten Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltstandards (CE-Kennzeichnung) entsprechen, dürfen Informationen auf einem digitalen Etikett bereitstellen. Die digitale Kennzeichnung wird aber freiwillig sein. Das bedeutet, dass Lieferanten und Einzelhändler wählen können, wie sie die Informationen auf dem Etikett übermitteln: in einem physischen Format, in einem digitalen Format oder in einer Kombination aus beidem. Bei Produkten, die in Verpackungen an Landwirtinnen und Landwirte verkauft werden, werden die wichtigsten Informationen weiterhin auf einem physischen Etikett stehen, z. B. zur Sicherheit für die menschliche Gesundheit und die Umwelt, zusätzlich zum digitalen Etikett. Die Kommission hofft, durch die bessere Information der Verbraucherinnen und Verbraucher einen effizienteren Einsatz von Düngemitteln und die Minderung der Kosten für Kennzeichnungspflichten zu erreichen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_1264

Kommission; Veröffentlichung einer Datenbank über die derzeit verfügbaren Methoden für den integrierten Pflanzenschutz

Die Kommission hat am 28.02.2023 eine Datenbank veröffentlicht, die einen Überblick über die derzeit verfügbaren Methoden für den integrierten Pflanzenschutz (Integrated pest Management, IPM) bietet. Diese wird begleitet von einer Studie, in der die Wirksamkeit und die Aussichten für ihre weitere Verbreitung bewertet werden. Die Datenbank enthält 1300 Beispiele für Praktiken, Techniken und Technologien des IPM, sowie 273 Leitlinien, die von den nationalen Behörden und öffentlichen Einrichtungen der Mitgliedstaaten entwickelt wurden. Die Bereitstellung der Plattform soll laut Kommission dazu beitragen, dass u.a. nationale Behörden und landwirtschaftliche Berater dazu angeregt werden, IPM-Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, nachdem sie an die lokalen/regionalen landwirtschaftlichen und agroklimatischen Bedingungen angepasst wurden.

https://agriculture.ec.europa.eu/news/using-less-chemical-pesticides-european-commission-publishes-toolbox-good-practices-2023-02-28_de

EuGH; Urteil zur Nichteinhaltung der EU-Vogelschutz- und Habitat-Richtlinien durch POL

Am 02.03.2023 urteilte der EuGH in der Rechtssache C 432/21, dass POL gegen die Vogelschutz- und die Habitat-Richtlinie der EU verstoßen hat. Dem liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: 2017 verabschiedete POL ein Gesetz, das besagt, dass die Aufforstung nach den vom POL-Umweltminister festgelegten guten Praktiken nicht gegen EU- oder nationale Gesetze zum Naturschutz verstöße. Damit sei POL laut EuGH seinen diesbezüglichen europarechtlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Weiterhin entschied der EuGH, dass die POL gegen das Übereinkommen von Aarhus verstoßen habe, da den Bürgerinnen und Bürgern POL das Recht vorenthalten wurde, die Waldbewirtschaftungspläne (sogenannte PULs), auf deren Grundlage die Waldbewirtschaftung erfolgt, vor polnischen Gerichten anzufechten. Es wurden nicht alle gesetzlichen Vorschriften erlassen, die erforderlich

sind, damit Umweltschutzorganisationen bei einem Gericht eine effektive Prüfung der materiell-rechtlichen und verfahrensrechtlichen Rechtmäßigkeit von Waldbewirtschaftungsplänen im Sinne der Bestimmungen des Waldgesetzes beantragen können. Die Kommission hatte das Verfahren gegen POL im Juli 2021 eingeleitet, nachdem u.a. der WWF POL und die Frank Bold Foundation die Nichteinhaltung der Anforderungen an den strengen Schutz von Pflanzen- und Tierarten bei der Waldbewirtschaftung gerügt und Beschwerde eingelegt hatten.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=en&td=ALL&num=C-432/21>

Kommission; Konsultation Vorschusszahlungen für das Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch

Die Kommission stellt vom 06.03.2023 bis zum 03.04.2023 den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Konsultation. Konkret geht es darum, Bedingungen festzulegen, unter denen nationale Behörden für Beihilfeanträge ab dem Schuljahr 2023/2024 Vorschusszahlungen gewähren können. Über das entsprechende EU-Schulprogramm werden die Abgabe von Obst, Gemüse, Milch und bestimmten Milcherzeugnissen an Schulkinder (vom Kindergarten bis zur Sekundarschule) sowie pädagogische Maßnahmen zur Vermittlung gesunder Ernährungsgewohnheiten unterstützt.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13609-Schulprogramm-fur-Obst-Gemuse-und-Milch-Bedingungen-fur-Vorschusszahlungen_de

Justiz

EuGH; Unabhängigkeit polnischer Richter bei Amtsausübung über das Ruhestandalter hinaus

Am 02.03.2023 hat der Generalanwalt am EuGH Rantos seine Schlussanträge in der Rechtssache C-718/21 vorgelegt. In diesen vertritt er die Auffassung, dass Entscheidungen des durch die Exekutive kontrollierten Landesjustizrats (KRS) in POL über mögliche Verlängerungen der Richteramtszeit über das Ruhestandalter hinaus zu unbestimmt und schwer nachprüfbar seien. Es fehle dem Verfahren somit an Rechtssicherheit und Objektivität. Insgesamt sei die Regelung nicht mit dem europäischen Grundsatz der Unabsetzbarkeit und Unabhängigkeit der Richter vereinbar (vgl. Art. 19 EUV).

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-03/cp230040de.pdf>

EuGH; EuG; Neue Rechtsprechungsstatistiken für das Jahr 2022 veröffentlicht

Am 03.03.2023 hat der EuGH die neuen Rechtsprechungsstatistiken für das Jahr 2022 veröffentlicht. Mit 1.710 neu eingegangenen, 1.666 erledigten und 2.585 anhängigen Rechtssachen am EuGH und EuG sei kein wesentlicher Unterschied zum Vorjahr zu erkennen. Über die letzten fünf Jahre sei jedoch ein Anstieg von rd. 146 neuen Rechtssachen pro Jahr zu verzeichnen, während die Zahl der erledigten Rechtssachen weiterhin gleichgeblieben sei. Die Verfahrensdauern blieben jedoch insgesamt zufriedenstellend, insb. am EuG hätten sich diese innerhalb der letzten zehn Jahre mehr als halbiert. Letzteres kann auf die 2019 abgeschlossenen Reformen mit eben diesem Zweck zurückzuführen sein. Am EuGH sei sie im Vergleich zu den letzten Jahren leicht angestiegen, weshalb dieser einen Legislativvorschlag gemacht hat, der vorsieht, dass Vorabentscheidungsverfahren in bestimmten Rechtsgebieten an das EuG zu übertragen sind.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-03/cp230042de.pdf>

EP; Innen- und Rechtsausschuss stimmen für die Digitalisierung der Justiz

Der Ausschuss der EP für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) sowie der Rechtsausschuss (JURI) haben am 01.03.2023 in einer gemeinsamen Abstimmung für einen Entwurf der Kommission zur digitalisierten, grenzübergreifenden justiziellen Zusammenarbeit sowie entsprechenden Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten (MS) gestimmt. Der Entwurf umfasst ein durch die Kommission betriebenes, dezentralisiertes IT-System. Dieses soll den effizienten Austausch von Daten, Videokonferenzen sowie die elektronische Begleichung von Gebühren ermöglichen und Behörden sowie Bürgerinnen und Bürgern in jedem MS zugänglich sein. Nach der Abstimmung betonten Mitglieder der Ausschüsse, dass sie auf eine barrierefreie Ausgestaltung des Systems sowie eine umfassende Schulung öffentlicher Stellen im Umgang mit diesem hofften, um den Erfolg zu gewährleisten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230227IPR76595/meps-gave-the-green-light-to-a-digitalised-eu-justice-system>

EP; Bedenken bzgl. der Wahrung europäischer Werte in GRI

Vom 06 bis zum 08.03.2023 hielt sich eine Delegation des Ausschusses des EP für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) in GRI auf, um Probleme bei der Wahrung der Werte der EU zu analysieren. Die Vorsitzende der Delegation MdEP in 't Veld (RE/NDL) veröffentlichte abschließend eine Erklärung, in der sie die Ergebnisse zusammenfasste. Während GRI grundlegend über in einem demokratischen Rechtsstaat relevante Institutionen, eine unabhängige Presse und eine engagierte Zivilgesellschaft verfüge, leide sein System immens an ineffektiven gerichtlichen Kontrollen und schwerer Korruption. Journalisten hätten mit Anfeindungen und Angriffen zu kämpfen und würden nicht hinreichend staatlichen Schutz erfahren. Behörden, die höhere Integrität befördern könnten, seien wiederum nicht hinreichend unabhängig; der Korruption entgegenwirkende Beamte müssten ihrerseits mit Bedrohungen rechnen. Zudem existiere zwar ein befriedigendes Menschenrechtssystem, welches jedoch die Stellung wegen ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder ihrer Sexualität Diskriminierter nicht verbessert habe. Auch gebe es regelmäßige, menschenrechtswidrige Pushbacks von Flüchtlingen an den Grenzen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230306IPR77012/meps-concerned-by-threats-to-eu-values-in-greece>

I n n e r e s

Rat; Verlängerung der Gültigkeitsdauer der EU-Terroristenliste

Am 24.02.2023 hat der Rat ohne weitere Änderungen die Gültigkeitsdauer der EU-Terroristenliste verlängert. Diese umfasst 13 Personen und 21 Organisationen, deren Vermögenswerte in der EU eingefroren werden und denen Wirtschaftsteilnehmer aus der EU keinen wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen dürfen. Sie wird mindestens einmal im Halbjahr anhand aktueller Informationen überprüft.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/02/24/sanctions-targeting-terrorism-council-renews-eu-terrorist-list/>

Europol; Internationales Vorgehen gegen Erpressungstrojaner

Am 28.02.2023 haben Behörden in DEU und der Ukraine unter internationaler Unterstützung und Koordination durch Europol gleichzeitig Razzien durchgeführt, um Hardware zu beschlagnahmen und Personen verhören zu können. Dies sei im Zuge der Ermittlungen gegen eine kriminelle Gruppierung geschehen, die mithilfe der auch gegen gut gesicherte Systeme besonders effektiven Erpressungssoftware

„DoppelPaymer“ Beträge in Milliardenhöhe erpresst habe. Betroffen gewesen sei u.a. das Universitätsklinikum Düsseldorf, wobei es sich allerdings um einen Fehler der Erpresser gehandelt habe.. Des Weiteren plane Europol nun die bei den Razzien gesammelten Daten mit den eigenen Datenbanken abzugleichen und so möglicherweise weitere kriminelle Aktivitäten und Täter zu ermitteln.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/germany-and-ukraine-hit-two-high-value-ransomware-targets>

Rat; Vereinbarung mit Nord-Mazedonien über EU-Außengrenzschutz

Am 24.02.2023 hat der Rat einer Vereinbarung mit Nord-Mazedonien endgültig zugestimmt, die mit ihrem Inkrafttreten am 01.03.2023 gemeinsame grenzschützende Aktionen sowie die Entsendung eines Grenzverwaltungsteams der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex) ermöglichen soll. Die Vereinbarung enthält neben Bestimmungen zur Unterbindung irregulärer Migration und Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität auch Regelungen, die die Wahrung von EU-Migrationsrecht sowie der europäischen Grundrechte garantieren sollen. Seit der Ausweitung des Frontex-Mandats durch die Verordnung (EU) 2019/1896 erlaubt eine solche Vereinbarung die Unterstützung im Rahmen gemeinsamer Aktionen im gesamten Hoheitsgebiet des Partnerstaats sowie die Wahrnehmung exekutiver Befugnisse bei der Kontrolle der EU-Außengrenzen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/02/24/border-management-eu-concludes-agreement-with-north-macedonia-on-frontex-cooperation/>

Kommission; Reaktion auf Bootsunglück vor der italienischen Küste

Nachdem am 26.02.2023 über 60 Geflüchtete bei einem Bootsunglück vor der italienischen Küste ums Leben gekommen waren, forderte Kommissionspräsidentin von der Leyen stärkere Anstrengungen bei den Verhandlungen um das neue EU-Migrations- und Asylpaket sowie den Aktionsplan für das zentrale Mittelmeer. Dies betonte auch Innenkommissarin Johansson und verwies auf eine gemeinsame europäische Verantwortung, Menschenleben gefährdende Schleuserkriminalität zu bekämpfen. Zudem sei die EU weiterhin entschlossen, ITL in solchen Situationen zu unterstützen. Das neue Migrations- und Asylpaket soll ein zuverlässiges, gesamteuropäisches Migrations- und Integrationssystem schaffen sowie die effektivere Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern ermöglichen. Die Verhandlungen über Legislativvorschläge sollen planmäßig bis Februar 2024 abgeschlossen sein.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/bootsunglueck-im-mittelmeer-kommissionsprasidentin-von-der-leyen-spricht-von-tragodie-2023-02-27_de

Agentur der EU für Grundrechte; Umfrage unter Ukrainischen Geflüchteten

Am 28.02.2023 veröffentlichte die Agentur der EU für Grundrechte (FRA) unter dem Titel „Fleeing Ukraine“ einen Bericht, für den im August und September 2022 14.500 Ukrainerinnen und Ukrainer in den zehn meistbetroffenen Ankunftsändern, darunter DEU, zu ihren Lebensumständen befragt wurden. Die Richtlinie 2001/55/EG über die Gewährung vorübergehenden Schutzes habe es ermöglicht, dass sich diese in der ganzen EU niederlassen, Dienstleistungen in Anspruch nehmen und auch arbeiten könnten. Lediglich ein Drittel fühle sich jedoch der neuen europäischen Gemeinschaft zugehörig, genauso viele wollten in ihre Heimat zurückkehren. Auch stießen viele im Ankunftsland auf Probleme. So hätten viele keinen Zugang zu einer günstigen und adäquaten Unterbringung, Bildung oder angemessener Arbeit. Zudem hätten 79% Schwierigkeiten ihren Lebensunterhalt zu finanzieren und fast 50% würden an

gesundheitlichen Folgen ihrer Flucht leiden. Ein Grund für viele dieser Defizite sei die weiterhin bestehende Sprachbarriere, nur knapp 25% besuchten Sprachkurse.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/fra-umfrage-ukrainische-gefluchtete-fuehlen-sich-willkommen-stossen-aber-auf-schwierigkeiten-2023-02-28_de

Kommission; Inbetriebnahme des Neuen Schengener Informationssystems

Am 07.03.2023 verkündete die Kommission die Inbetriebnahme des neuen Schengener Informationssystems (SIS). Dieses sei ein wichtiges Instrument für den Grenzschutz sowie den Kampf gegen Kriminalität. Zu den Verbesserungen würden effektivere Zusammenarbeit nationaler Behörden und verbesserter Zugang von EU-Agenturen, neue Möglichkeiten der Identifizierung von Personen anhand biometrischer Daten, zusätzliche Warnsysteme zur Terrorismusbekämpfung, zusätzliche Instrumente zum Schutz gefährdeter Personen sowie Instrumente zur Prävention irregulärer Migration zählen. In Verbindung mit dem Ein- und Ausreisensystem (EES) sowie dem Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) solle so das modernste Grenzverwaltungssystem der Welt gebildet werden.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/moderner-grenzschutz-neues-schengener-informationssystem-sis-2023-03-07_de

Rat; Visafreie Einreise in die EU für Personen mit Kosovo-Pass

Am 09.03.2023 stimmte der Rat in erster Lesung einem Entwurf der Kommission zu, nach welchem es Personen mit kosovarischen Pass zukünftig möglich sein soll, sich ohne Visum für 90 Tage innerhalb eines 180-tägigen Zeitraums in der EU aufzuhalten. Dies soll einheitliche Visums-Regelungen für den gesamten Balkan schaffen und nach Inkrafttreten regelmäßig durch die Kommission überprüft werden. Nun ist die Zustimmung des EP erforderlich.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/09/kosovo-council-gives-green-light-to-visa-free-travel/>

Bildung und Kultur

Kommission; Arbeitsprogramm 2023 für ERASMUS+ veröffentlicht

Die Kommission hat am 09.03.2023 das Arbeitsprogramm 2023 für Erasmus+ veröffentlicht. Mit 4,43 Mrd. EUR handelt es sich um den höchsten jährlichen Finanzrahmen seit Gründung des Programms. Die Mittel sollen vorrangig in die Prioritäten Inklusion, aktive Bürgerschaft, demokratische Teilhabe sowie grüner und digitaler Wandel fließen. Aus dem für das Jahr 2027 vorgesehenen ERASMUS-Haushalt werden 100 Mio. EUR vorgezogen. Diese Mittel dienen der Ermöglichung von Bildungs- und Integrationsaktivitäten für Flüchtlinge aus der Ukraine, beispielsweise Sprach- und Integrationskurse sowie Sprachlerntools bis hin zu Praktika. Lernende und Lehrkräfte erhalten außerdem in allen Erasmus+-Bereichen allgemeine finanzielle Unterstützung. Ebenfalls aufgestockt wird das Erasmus+-Budget zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit. 31 Mio. EUR werden zur Verfügung stehen, um beispielsweise Mobilitätsprojekte und den Kapazitätsaufbau in Hochschulen voranzutreiben. 2023 soll darüber hinaus die Schaffung eines offenen digitalen Bildungsumfelds unterstützt werden, um aus der Ukraine geflohenen oder innerhalb der Ukraine vertriebenen Studierenden eine qualitativ hochwertige Hochschulbildung anbieten zu können. Ferner sollen die über Erasmus+ finanzierten Jugendaktivitäten ausgeweitet werden. Antragsberechtigt sind öffentliche oder private Einrichtungen, die in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport tätig sind. Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen verläuft in

mehreren Antragsrunden. Die nächste Runde mit dem Schwerpunkt Kooperationspartnerschaften mit einem zusätzlichen Akzent auf Lernende, Lehrkräfte und Bildungspersonal aus der Ukraine startet am 22.03.2023.

https://erasmus-plus.ec.europa.eu/sites/default/files/2023-03/annual-work-programme-erasmusplus-2023_en.pdf

Rat; Schlussfolgerungen zu Kompetenzen für den grünen Wandel

Der Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport tagte am 07.03.2023 in der Formation Bildung. Die Ministerinnen und Minister billigten Ratsschlussfolgerungen zu Kompetenzen und Fertigkeiten für den grünen Wandel. Darin fordern sie beherrschtere und ehrgeizigere Maßnahmen, um solche Kompetenzen weiterzuentwickeln, die für den grünen und den digitalen Wandel erforderlich sind und benötigt werden, um die Herausforderungen des Arbeitskräftemangels und des Wandels der Arbeitswelt zu bewältigen. Ein grundlegendes Element bei der Unterstützung des grünen Wandels sei der lebenslange Erwerb von Schlüsselkompetenzen ab dem Kindesalter. Dies sollte auf allen Ebenen und bei allen Formen der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie allen Lernwegen berücksichtigt werden. Die Anpassung der beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung, der Hochschulbildung und der Erwachsenenbildung zur Unterstützung des grünen Wandels erfordere zudem eine Bestandsaufnahme des derzeitigen und künftigen Kompetenzbedarfs, einschließlich der Ermittlung neuer Berufs- und Kompetenzprofile. Die Mitgliedstaaten werden u.a. ersucht, in die Ermittlung des Umschulungs- und Weiterbildungsbedarfs für den grünen Wandel alle Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, Forschungsorganisationen, Arbeitgeber, Sozialpartner und andere einschlägige Interessenträger einzubeziehen. Die Kommission wird u.a. aufgefordert, die transnationale Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Verfahren im Zusammenhang mit Kompetenzen und Fertigkeiten für den grünen Wandel zu fördern. Als geeignetes Mittel dazu wird ein verstärkter Austausch von Studierenden und im Bildungsbereich tätiger Personen (z.B. im Rahmen von Erasmus+) sowie die Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung angesehen, z. B. in den Allianzen der Europäischen Hochschulen und den Zentren der beruflichen Exzellenz.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7089-2023-INIT/de/pdf>

Kommission; Erasmus+ Budgetänderung für Menschen aus der Ukraine

Am 09.03.2023 hat die Kommission eine Änderung des Erasmus+-Jahresarbeitsprogramms für 2023 angenommen. Das Gesamtbudget des Programms für das Jahr 2023 beträgt nun 4,43 Mrd. EUR. Mit der Aufstockung des Budgets sollen Inklusion, aktive Bürgerschaft und demokratische Teilhabe sowie grüner und digitaler Wandel in der EU und auf internationaler Ebene gestärkt werden. Das überarbeitete Arbeitsprogramm beinhaltet eine Vorabausstattung von 100 Mio. EUR aus dem Erasmus+-Haushalt 2027, um Projekte zu unterstützen, die Bildungsaktivitäten fördern und die Integration von Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind, in ihr neues Lernumfeld erleichtern, sowie Aktivitäten zur Unterstützung von Organisationen, Lernenden und Personal in der Ukraine.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_23_1507

I n f o r m a t i o n , K o m m u n i k a t i o n u n d M e d i e n

Kommission; Wettbewerb um den Lorenzo-Natali-Medienpreis gestartet

Die Kommission hat am 09.03.2023 den Wettbewerb um den Lorenzo-Natali-Medienpreis für Reportagen eröffnet. Dieser Preis der EU für Journalismus würdigt die

Arbeit von Medienschaffenden aus der ganzen Welt, die die drängendsten globalen Herausforderungen beleuchten. Das umfasst eine breite Palette von Themen: Ungleichheit, Beseitigung der Armut, nachhaltige Entwicklung, Umwelt, biologische Vielfalt, Klimaschutz, Digitales, Beschäftigung und Beruf, Bildung und Kompetenzentwicklung, Migration, Gesundheitsversorgung, Frieden, Demokratie und Menschenrechte. Bewerbungen sind in drei Kategorien möglich: Internationaler Preis (für einen Beitrag, der in einem Medium mit Sitz in einem der EU-Partnerländer veröffentlicht worden ist), Europa-Preis (veröffentlicht in einem EU-Medium) und Preis für die beste Nachwuchsjournalistin/den besten Nachwuchsjournalisten (Beitrag einer Journalistin bzw. eines Journalisten unter 30 Jahren). Die Preise sind jeweils mit 10.000 EUR dotiert. Die schriftlichen, audiovisuellen oder multimedialen Arbeiten müssen bis zum 28.04.2023 eingereicht werden.

https://international-partnerships.ec.europa.eu/news-and-events/lorenzo-natali-media-prize_en

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; 16 neue Erasmus+ Lehrkräfte-Akademien sollen Lehrkräfte unterstützen

Am 07.03.2023 gab die Kommission bekannt, mit der Schaffung von 16 neuen Lehrkräfte-Akademien im Rahmen des Erasmus+-Programms Lehrkräfte dabei zu unterstützen, in allen Phasen ihrer beruflichen Laufbahn Lernmöglichkeiten über Mobilität, berufliche Gemeinschaften und Lernplattformen zu erhalten. Die Lehrkräfte-Akademien sind europäische Partnerschaften zwischen Anbietern von Lehrerfortbildungen und Lehrerbildungseinrichtungen, die eine europäische bzw. internationale Dimension in die Lehrerbildung einbringen wollen; die Lehrkräfte-Akademien werden über einen Zeitraum von drei Jahren mit rund 22,5 Mio. EUR aus dem Erasmus+-Budget gefördert.

[Erasmus+ für Lehrer: 16 neue Lehrkräfte-Akademien stärken europäische Partnerschaften in der Lehrerbildung \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/education/erasmus-plus/16-new-erasmus-plus-academies-strengthen-european-partnerships-in-teacher-education_en)

V e r a n s t a l t u n g e n

Veranstaltung in der Reihe „Europa im Gespräch“ am 27.02.2023 zum Thema „Aktuelle Fragen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“

Am 27.02.2023 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU in der Reihe „Europa im Gespräch“ eine Veranstaltung mit Konteradmiral Jürgen Ehle, Senior Military Advisor to Managing Director for CSDP and Crisis Response, und Welt-Korrespondent Christoph Schiltz zum Thema EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik statt. In seinem Vortrag skizzierte Ehle die momentane Lage der EU-Außen- und Verteidigungspolitik. Er ging intensiv auf die Lage in der Ukraine ein und schilderte die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten der EU sowie Perspektiven der Ukraine. Die Ukraine werde von der EU mit allen möglichen Mitteln unterstützt und dafür sei es wichtig, auch innerhalb der EU die Voraussetzungen für diese Unterstützung zu schaffen. Das bedeute, dass die EU einerseits den politischen Weg für den Beitritt der Ukraine ebnen, andererseits aber auch das militärische Überleben der Ukraine sichern solle. Im Moment sei dies v.a. durch die Lieferung von Waffen und Munition möglich. Anschließend ging Admiral Ehle auf die Interessen der EU im indopazifischen Raum ein. Die Bedrohung durch China sei nicht zu unterschätzen. Besonders bezüglich Taiwan weite China seinen Einfluss immer weiter aus. Die EU sei hinsichtlich dieser Entwicklung besorgt, allerdings bestünde für die EU nur geringe

Handlungsmöglichkeiten in dieser Region. Abschließend umriss Ehle die Interessen der EU in der Sahel-Zone und am Horn von Afrika. Die EU sei besorgt über die vermehrte Aktivität von terroristischen Gruppen in diesen Regionen und versuche mit ihren Ausbildungsmissionen vor Ort, z.B. in Mali oder Niger, gegen diese Entwicklung vorzugehen.

Veranstaltung mit Robert Menasse und Kommissar Hahn in der Hessischen Landesvertretung Brüssel

Am 28.02.2023 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU in Brüssel eine besondere Großveranstaltung mit über 550 Gästen statt. Der Schriftsteller Robert Menasse las aus seinem neuen Buch „Die Erweiterung“ und diskutierte anschließend Perspektiven für den Beitritt von Ländern des westlichen Balkans in die EU sowie seine Vorstellung der zukünftigen Rolle der Union mit dem österreichischen Kommissar für Haushalt und Verwaltung Johannes Hahn. In seiner Begrüßung erinnerte der Leiter der Hessischen Landesvertretung Friedrich von Heusinger an eine ähnliche Veranstaltung vor fünf Jahren in der Hessischen Landesvertretung, bei der Robert Menasse seinen ersten EU-Roman „Die Hauptstadt“ vorstellte. Die österreichische Botschafterin beim belgischen Königreich und der Nato Frau Dr. Elisabeth Kornfeind begrüßte, dass der Autor dem Thema Europa treu geblieben ist und hob hervor, dass die Krisen der Jahre seit Erscheinen des ersten Romans von Menasse gezeigt haben, dass die Krisenbewältigung in der Gemeinschaft besser gelingt. Robert Menasse begann seine Lesung mit dem Prolog des Romans, in dem die Protagonisten vorgestellt werden. Sie finden sich alle in der Rüstkammer des kunsthistorischen Museums in der Wiener Hofburg ein und betrachten den dort ausgestellten Helm des albanischen Nationalhelden aus dem 15. Jahrhundert Skanderbeg. Alle verbinden mit dem Helm ganz unterschiedliche Erinnerungen und Emotionen – ein Denkmal in der Heimatstadt, das als Treffpunkt mit der Freundin diente, oder über das man als Kind einen Aufsatz schrieb. Ein albanischer Künstler betrachtet den Helm mit Nationalstolz. Für ihn ist er ein Symbol für ein geeintes Albanien. Dass er das Museum wegen der bevorstehenden Schließung eilig verlassen muss, verbindet er in einem Kunstwerk mit den Enttäuschungen im EU-Beitrittsprozess Albanien: „Europa, wir schließen in fünf Minuten“. Moderator Peter Kapern vom Deutschlandradio eröffnete die anschließende Debatte zwischen Robert Menasse und Kommissar Hahn mit einer Passage aus dem Buch, die die EU als steuerlos und ziellos treibendes Kreuzschiff auf dem Ozean beschreibt, an dessen Bord Menschen an einer unbekanntem Krankheit sterben und dessen Passagiere nur bereit sind, einen kleinen Teil schiffbrüchiger Flüchtlinge aufzunehmen. Sieht der Autor die Zukunft der EU derartig schwarz? Menasse relativierte diese pessimistische Metapher indem er darauf hinweist, dass die Geschichte der EU immer wieder gezeigt habe, dass Europa in der Krise an sich selbst wachse. Das unterstrich auch der Kommissar: In krisenhaften Situationen sei es oft hilfreich, Anker zu werfen, um zu stabilisieren. Die Union stabilisiere, um Zeit für die Analyse zu gewinnen und komme dann, zwar manchmal langsam, aber zuverlässig ins Handeln. Im weiteren Verlauf des Gesprächs standen die Themen Rechtsstaatlichkeit und Erweiterung im Mittelpunkt. Menasse wies auf den Widerspruch hin, dass in Drittstaaten, die mit der EU sehr viele Hoffnungen verbinden und EU-Recht implementieren, mit dem Versprechen auf eine Heranführung an die EU Wahlen gewonnen werden. In einigen Mitgliedsstaaten hingegen führe die Kritik an der EU und die Opposition zu europäischen Regeln wiederum zum Wahlerfolg. Und während der Ukraine nach Ende des Krieges ein zügiger Beitritt zur EU in Aussicht gestellt wird, müsse Albanien, das bereits vorbildliche Reformen durchgeführt habe, weiter warten. Kommissar Hahn entgegnete, dass ein Beitritt der Ukraine einem Beitritt der Staaten des westlichen Balkans durchaus nicht entgegenstehe. Allerdings seien die Beitrittsbedingungen heute schwieriger als früher. Die Leiterin des Goethe Instituts

Brüssel, Frau Dr. Kaschl-Mohni, lobte in ihrem Schlusswort das Zusammenspiel der singulären Perspektiven im Roman, woraus sich das Gesamtbild ergebe. So könne auch das Zusammenspiel der Mitgliedsstaaten in der EU beschrieben werden.

Europa nach den Wahlen – Parlamentswahl in EST

Mit insgesamt 37 der 101 Sitze im estnischen Parlament hat die liberale Reformpartei mit Ministerpräsidentin Kaja Kallas das beste Ergebnis erzielt, das eine estnische Partei je in einer Parlamentswahl erreicht hat, sagte der estnische Journalist Joosep Värk, Öffentlicher Rundfunk EST, der die Wahlergebnisse am 06.03.2023 in der Hessischen Landesvertretung analysierte. Die liberale „Reformpartei“ von Kaja Kallas, die einen harten Kurs gegen Russland fährt, gewann mit 31,2% (2019/28,9%) der Stimmen die Wahlen. Der größte Wahlgewinner sei dennoch die liberale „ESTI 200“ Partei mit 13,3%. Sie war in der Wahl 2019 mit 4,4% noch an der 5% Hürde gescheitert. Der größte „Verlierer“ sei hingegen die Mitte-links „Zentrumspartei“ (K), die traditionell von der russischen Minderheit gewählt wird, mit Verlusten von mehr als 8%. Auch die rechtsextreme „Estnische Konservative Volkspartei“ (EKRE), habe mit 16,1% (2019/17,8%) Stimmen verloren, komme auf Platz zwei und ist nun die größte Oppositions-Partei. Die beiden großen Themen im Wahlkampf waren nationale Sicherheit und die soziale Sicherheit trotz der sehr hohen Inflation. Im Gegensatz zur EKRE-Partei, die sich gegen eine Fortsetzung von Waffenlieferungen für die Ukraine stellt, sei Ministerpräsidentin Kallas eine entschiedene Befürworterin. Kallas habe bereits angekündigt, dass sie die Verteidigungsausgaben auf über 3% des BIP aufstocken will. Bisher gebe EST darüber hinaus mehr als 1% des BIP für Ukraine-Hilfen aus, deutlich mehr im Vergleich zu den Volkswirtschaften in allen anderen EU-Mitgliedstaaten. Wichtigstes Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sei Sicherheit vor einer russischen Invasion, erklärte Värk im Gespräch mit Moritz Kolb vom Handelsblatt. An Koalitionsmöglichkeiten mangle es Kallas nicht. Auch eine Fortführung mit der bestehenden Koalition mit den Sozialdemokraten (9,3%) und der konservativen Partei Isamaa (8,2%) wäre möglich.

Verleihung des „European International Women's Leadership Award“ 2023

Über 260 Gäste aus 40 Nationen kamen am 06.03.2023 in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel zusammen, um die diesjährigen Preisträgerinnen des „European International Women's Leadership Award“ zu feiern. Raduan Bachiri, der Gründer dieses „Awards“, hat diesen Preis ins Leben gerufen, um besonders die Frauen zu würdigen, deren Engagement häufig unbemerkt bleibt. Das Forum würdige die Führungsqualitäten von Frauen aus der ganzen Welt, die in der Lage sind, Veränderungen in der Politik, im Bildungs- und Gesundheitswesen oder in anderen Bereichen herbeizuführen. In diesem Jahr hat MdEP Miriam Lexmann (EVP/SLK) acht Frauen mit beeindruckenden Karriereverläufen den „European International Women's Leadership Award“ 2023 überreicht. Sie betonte, diese Frauen seien herausragende Heldinnen, die an vorderster Front stehen, um für Freiheit zu kämpfen. Die Preise gingen an Frauen, die sich, u.a. für Menschenrechte, Gleichberechtigung und Chancengleichheit in ihrem Land besonders eingesetzt haben. Die diesjährigen Preisträgerinnen sind Nadias Atia aus Marokko, Bounthone Chanthavong-Wiese aus Laos, Tanasha Donna aus Kenia, Nuray Erden aus der Türkei, Runa Khan aus Bangladesch, Martine Moïse aus Haiti, Marie-Consolée Mukangendo aus Ruanda und Inna Pletukhina aus Russland. Die Preisverleihung fand zum vierten Mal hier in der Hessischen Landesvertretung statt. Hessen unterstützt das Konzept dieses Preises, die Leistungen von Frauen zu würdigen, die sich in einer männerdominierten Welt durchgesetzt haben. Frauen, die ihre Ziele und Träume verfolgten, die traditionelle Rollenbilder in Frage stellten und damit auch Frauen ermutigen wollen, die bislang

diesen Schritt noch nicht gewagt haben. Frank Schwalba-Hoth, ehemaliger MdEP und ehemaliger Abgeordneter des Hessischen Landtags, hat die Veranstaltung moderiert.

„Filmwirtschaft und Digitaler Binnenmarkt – kein Widerspruch!“

Am 07.03.2023 haben die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich und der Präsident der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. (SPIO), Christian Sommer, zu einem Kurzfilmabend mit Impulsen zum Thema „Filmwirtschaft und Digitaler Binnenmarkt – kein Widerspruch!“ eingeladen. Am Nachmittag hatten sich Vertreter der SPIO bereits in einem Fachgespräch mit kulturpolitischen EU-Entscheidungssträgern in der Landesvertretung ausgetauscht. Dabei stellten eine Filmproduzentin, Vertreter der Verleihindustrie sowie Kinobetreiber die aktuellen Herausforderungen der Branche über die gesamte Wertschöpfungskette dar. Den anschließenden Filmabend leitete SPIO-Präsident Christian Sommer mit einer Begrüßung ein, in der er auch auf die enge Verbindung zu Hessen verwies. Die SPIO ist nach dem Zweiten Weltkrieg im Biebricher Schloss in Hessen gegründet worden und noch heute mit dem Deutschen Filmhaus in Wiesbaden vertreten. Der SPIO-Präsident erläuterte, dass jeder in der Kinowirtschaft investierte EUR 2,40 EUR an Gesamtwertschöpfung generiert. Mit diesem Multiplikatoreffekt liege die Branche zwischen der Automobil- und der Pharmaindustrie. Die Finanzierung der Produktionsbudgets sei mit hohem finanziellen Risiko verbunden. Viele Filme könnten erst durch exklusive territoriale Lizenzierung überhaupt finanziert werden, so Christian Sommer. Deshalb seien verlässliche Rahmenbedingungen im europäischen Binnenmarkt für die Branche überlebensnotwendig. Dafür sei auch das Geoblocking unabdingbar. Björn Böhning, CEO Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen, wies in seinem Impuls auf weitere Herausforderungen hin. Dazu zählt auch die Fachkräftesicherung. Als großer Arbeitgeber in DEU sei das Thema Qualifizierung für die Branche sehr wichtig. Außerdem kritisierte Böhning, dass die großen Plattformen ihre Klickzahlen nicht veröffentlichten. So könnten Produzentinnen und Produzenten den Wert ihrer Produkte nicht kennen. Eine transparente Reichweitenmessung sei unabdingbar. Schließlich setzte auch er sich für das Geoblocking ein; nur so könnten die Produzentinnen und Produzenten ihre Rechte angemessen vermarkten. Als Kurzfilme wurden sodann „Intro“, „Der erste Schritt“ und „Wild West Compressed“ gezeigt. Dabei leitete die Filmemacherin Anna Isensee in ihren Film „Intro“ ein und erklärte Hintergrund und Entstehung des Kurzfilms. In ihrem Schlusswort betonte Anna Schoeppe, Geschäftsführerin Hessen Film & Medien, die Bedeutung des Kinos als Kulturort und verwies darauf, dass das Kino nach wie vor im Mittelpunkt der hessischen Filmförderung stehe. Hessen hat als erste regionale Filmförderung mit dem Programm „STEP“ ein Qualifizierungsprogramm für die Branche initiiert, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

BDI EU Industry Talk: Europa am Scheideweg – Wie steigern wir unsere Wettbewerbsfähigkeit?

Der BDI EU Industry Talk zum Thema „Europa am Scheideweg – Wie steigern wir unsere Wettbewerbsfähigkeit?“ fand am 08.03.2023 in der Landesvertretung statt. Heiko Willems, Geschäftsführer, BDI/BDA The German Business Representation, erklärte in seiner Begrüßung, das Thema Wettbewerbsfähigkeit sei seit langer Zeit für die Veranstaltung geplant gewesen, habe nun aber angesichts der aktuellen Diskussion über den US-amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA) eine besondere Aktualität erlangt. Der IRA bildete sodann auch den Hintergrund für das anschließend von Jacki Davis moderierte Gespräch von BDI-Präsident Siegfried Russwurm und Kerstin Jorna, Generaldirektorin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU bei der Kommission. Beide Gesprächspartner waren sich einig, dass Europa vor tiefgreifenden Veränderungen stehe und Putins Aggressionskrieg gegen die Ukraine

eine Zeitenwende darstelle. Kerstin Jorna sprach von „tektonischen Verschiebungen“. Dazu zähle nicht nur der Klimawandel, sondern auch Herausforderungen hinsichtlich physischer Sicherheit, demographische Wandel und Bedrohungen der Demokratie. BDI-Präsident Russwurm sah im IRA durchaus positive Aspekte; so könnten Unternehmen sehr klar erkennen, welche Vorteile sich ihnen aus den Vorgaben ergäben. Daraus könne Europa durchaus lernen. Die Wirtschaftskraft sei Europas Stärke, sie stelle sicher, dass man auf globaler Bühne mitspielen könne. Nichts zu vergessen sei, dass der „Schiedsrichter“ letztlich der globale Kunde sei – auch die Abnehmer in Brasilien oder Asien müssten europäische Produkte kaufen wollen. Der Preis der Produkte müsse auch für diese Kunden annehmbar sein. Kerstin Jorna kritisierte die Debatte über den IRA. Man fordere derzeit, die EU müsse darauf reagieren und vergesse, dass die EU schon vorher sehr viel getan habe. Wichtig sei, den „Business case“ zu sehen. So brauche man z.B. zur Produktion von Gütern Grundstücke und Gebäude. Die Genehmigungsverfahren in der EU seien aber sehr komplex und oft auf verschiedenen Ebenen angesiedelt. Hier müsse man ansetzen, und das sei der Ansatz der Vorschläge, die die Kommission in der kommenden Woche vorlegen werde. Auch der Zugang zu Finanzierung oder die grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitskräften müssten verbessert werden. In diesem Sinne argumentierte auch der BDI-Präsident, der darauf hinwies, dass gerade kleine und mittelgroße Unternehmen angesichts der Komplexität zu erkennen, welche EU-Programme für sie nutzbar sind. Abschließend diskutierten beide Gesprächspartner über die strategische Autonomie der EU. Sie waren sich einig, dass hierfür langfristige Partnerschaften mit anderen Staaten notwendig sind, z.B. zur Sicherstellung der Rohstoffversorgung.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

13.03.

Euro-Gruppe

- makroökonomische und haushaltspolitische Entwicklungen im Euro-Währungsgebiet, einschließlich haushaltspolitischer Leitlinien für 2024
- Vorbereitung internationaler Tagungen, einschließlich Wechselkursentwicklungen und Berichterstattung über die G7-Tagung der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten im Februar
- Inflationsentwicklung im Euro-Währungsgebiet und in den Mitgliedstaaten
- das Euro-Währungsgebiet betreffende Aspekte der Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung
- politische Ziele eines digitalen Euro – strategische Diskussion

13./14.03.

Tagung des Rates für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

- Gedankenaustausch über die Beschäftigungslage und soziale Situation in der EU mit besonderem Schwerpunkt auf der Arbeitsmarktsituation von Flüchtlingen aus der Ukraine
- Gedankenaustausch über das Europäische Semester 2023 mit den Schwerpunkten Wettbewerbsfähigkeit und Kompetenzen
- Annahme des gemeinsamen Beschäftigungsberichts
- Billigung von Schlussfolgerungen zum Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum und zum gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2023
- Gedankenaustausch zum Kommissionsvorschlag für einen Ratsbeschluss betreffend die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens Nr. 190 (Übereinkommen über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt)
- Orientierungsaussprache über den Entwurf eines Rechtsakts über die an die Europäische Arzneimittelagentur zu entrichtenden Gebühren und Entgelte
- Gedankenaustausch über die Strategie der EU für globale Gesundheit

14.03.

Tagung des Rates für Wirtschaft und Finanzen

- Erörterung des Umsetzungsstandes der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF)
- Vorstellung der haushaltspolitischen Leitlinien 2024 durch die Kommission
- Erörterung der Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung
- Gedankenaustausch über die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Aggression Russlands gegen die Ukraine
- Information über die Ergebnisse des G 20-Treffens der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten vom 24./25.02.2023 und Vorgabe von weitergehenden Leitlinien für das bevorstehende G 20-Treffen der Finanzminister und den Zentralbankpräsidenten sowie für die Frühjahrstagung des IWF vom 10.-16.04.2023
- Billigung von Schlussfolgerungen zu den Haushaltsleitlinien für 2024
- Kenntnisnahme des Umsetzungsstandes betreffend die Rechtsvorschriften im Bereich Finanzdienstleistungen

- halbjährliches Treffen des Vorsitzes mit Vertretern der Sozialpartner im Rahmen des makroökonomischen Dialogs

16.03.

Rat für Umwelt

- allgemeine Ausrichtung zur Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen und der Richtlinie des Rates über Abfalldeponien
- Orientierungsaussprache zur Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle, zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020 und der Richtlinie (EU) 2019/904 sowie zur Aufhebung der Richtlinie 94/62/EG
- Orientierungsaussprache zur Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für die Zertifizierung des CO₂-Abbaus
- Orientierungsaussprache zur Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser (Neufassung)
- Gedankenaustausch zur Ökologisierung des Europäischen Semesters
- Information der Kommission zur Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1242 zur Festlegung von CO₂-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge
- Information der deutschen Delegation zur 5. Internationalen Konferenz zum Chemikalienmanagement (Bonn, 25.-29. September 2023) – Tagungsteil auf hoher Ebene am 28./29. September 2023 wird von DEU ausgerichtet
- Information der österreichischen Delegation zur Regulierung von Pflanzen, die durch neuartige genomische Verfahren gewonnen werden – Notwendigkeit weiterer Beratungen unter Berücksichtigung von Umweltaspekten
- Information der polnischen Delegation zu den Ergebnissen des Berichts über die Auswirkungen des Krieges auf die natürliche Umwelt in der Ukraine

20.03.

Rat für Auswärtige Angelegenheiten

- Gedankenaustausch zur Aggression Russlands gegen die Ukraine
- Gedankenaustausch zu Tunesien

20.03.

Rat für Landwirtschaft und Fischerei

- Fischereipaket: u.a. Gedankenaustausch zur Mitteilung der Kommission zur Fischereipolitik von heute und morgen und zur Mitteilung der Kommission für einen EU-Aktionsplan zum Schutz und zum Wiederaufbau der maritimen Ökosysteme für nachhaltige und resiliente Fischerei
- Information durch den Vorsitz zum Verordnungsvorschlag zur Wiederherstellung der Natur: landwirtschaftliche und die Wälder betreffende Aspekte
- Information der Kommission zur Mitteilung zur Überarbeitung der EU-Initiative für Bestäuber

21.03. Rat für Allgemeine Angelegenheiten

- Gedankenaustausch zum Stand der Vorbereitung zur Sitzung des Europäischen Rates 23./24.03.2023
- Austausch über den Stand der Beziehungen zwischen der EU und GBR
- Gedankenaustausch über das Europäische Semester

23./24.03. Europäischer Rat

- Ukraine
- Wettbewerbsfähigkeit, Binnenmarkt und Wirtschaft
- Energie

Europäische Kommission

14.03.2023

- Net Zero Industry Act
- Kritische europäische Rohstoffe

16.03.2023

- Strommarktreform
- Binnenmarkt wird 30
- langfristige Wettbewerbs-Strategie

22.03.2023

- Verbraucherpaket:
 - Begründung von Umweltschutzklagen
 - Nachhaltiger Verbrauch von Gütern (Förderung von Reparatur und Wiederverwendung [Recht auf Reparatur])

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in der Woche vom 13.-16.03.2023

Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden
(Neufassung)
Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten –
Jahresbericht 2021
Gemeinsame Aussprache - Ergebnis der
Verhandlungen über das Paket „Fit für 55“
Verbindliche nationale Jahresziele für die
Reduzierung der Treibhausgasemissionen
(Lastenteilungsverordnung)
Landnutzung, Landnutzungsänderung und
Forstwirtschaft (LULUCF)
Überarbeitung der Marktstabilitätsreserve für das
Emissionshandelssystem der EU
Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung
Datengesetz
„Was Europa ausmacht“ – Aussprache mit Gitanas
Nausėda, Präsident LIT
Informationsaustausch im Bereich der
Strafverfolgung
Die fortgesetzten Repressionen gegen die
Bevölkerung von Belarus, insb. die Fälle von Andrzej
Poczobut und Ales Bjaljazki
Gemeinsame Aussprache - Europäisches Semester
Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische
Kordinierung 2023
Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische
Kordinierung: beschäftigungs- und sozialpolitische
Prioritäten für 2023
Fragestunde mit Anfragen an die Kommission – Wie
lässt sich die Energieversorgungssicherheit 2023 in
der EU gewährleisten Fragestunde (VP/HV)
Die Leitlinien der EU zum Schutz von
Menschenrechtsverteidigern
Beziehungen zwischen der EU und Armenien
Beziehungen zwischen der EU und Aserbaidschan
Aussprache über außenpolitische Fragen in
Anwesenheit des Vizepräsidenten der
Kommission/Hohen Vertreters der Union für Außen-
und Sicherheitspolitik
Wie kann die Energiesicherheit in der EU im Jahr
2023 gewährleistet werden?
Stärkung der transatlantischen Beziehungen in einer
immer anspruchsvolleren multilateralen Welt
Die Verschlechterung der Demokratie in Israel und
die Folgen für die besetzten Gebiete
Geplante Verabschiedung des Gesetzes über
ausländische Einflussnahme in Georgien
Die Funktionsweise des EAD (Europäischer
Auswärtiger Dienst) und eine stärkere EU in der Welt
Die Herausforderungen für die Republik Moldau

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 23./ 24.03.2023 - Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission

Abkommen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten über die Änderung der Zugeständnisse für alle in der EU-Liste CLXXV aufgeführten Zollkontingente

Frauenaktivismus –

Menschenrechtsverteidigerinnen im Zusammenhang mit der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten - Erklärungen des Rates und der Kommission

Grenzübergreifende Adoptionen – das Erfordernis von mehr Transparenz und einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit - Erklärung der Kommission

Angemessenes Mindesteinkommen zur Gewährleistung einer aktiven Inklusion

Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 144 GO)

Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten! Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt“

Wie kann die Energiesicherheit in der EU im Jahr 2023 gewährleistet werden?

Stärkung der transatlantischen Beziehungen in einer immer anspruchsvolleren multilateralen Welt

Die Verschlechterung der Demokratie in Israel und die Folgen für die besetzten Gebiete

Geplante Verabschiedung des Gesetzes über ausländische Einflussnahme in Georgien

Mehr Europa, mehr Arbeitsplätze: Wir bauen die wettbewerbsfähige Wirtschaft von morgen zum Wohle aller auf

Todesfälle auf See: eine gemeinsame EU-Reaktion zur Rettung von Menschenleben und Maßnahmen zur Gewährleistung sicherer und legaler Seewege

Bekämpfung der organisierten Kriminalität in der EU

Bekämpfung von Diskriminierung in der EU - die lang erwartete horizontale Antidiskriminierungsrichtlinie

Iran: insbesondere die Vergiftung von Hunderten von Schulmädchen

Tunesien: Jüngste Angriffe auf die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit und die Gewerkschaften, insbesondere der Fall des Journalisten Nouredine Boutar

Kambodscha: der Fall des Oppositionsführers Kem Sokha

Langfristiges Engagement für den Tierschutz

Einspruch gemäß Regel 112 Absätze 2 und 3: Gentechnisch veränderter Ölraps MON 94100

Ausschuss der Regionen

15./16.03.2023

154. AdR-Plenarsitzung
Ausgleich der Bedürfnisse von lokalen Gemeinschaften, Unternehmern und Reisenden im Zusammenhang mit Kurzzeitvermietungen
Die Zukunft der Östlichen Partnerschaft aus lokaler und regionaler Sicht
Ziele und Instrumente für ein intelligentes ländliches Europa
Nachhaltige Verwendung von Pestiziden
Änderung der Asbestrichtlinie
Europäisches Medienfreiheitsgesetz
Entschließung zur Talenterschließung in den Regionen Europas

Europäischer Gerichtshof

13.03.2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-382/21 P (EUIPO/The KaiKai Company Jaeger Wichmann)
Prioritätsfrist für
Gemeinschaftsgeschmacksmuster

14.03.2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-61/22 (Landeshauptstadt Wiesbaden)
Speicherung von Fingerabdrücken auf Personalausweisen

16.03.2023

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-449/21 (Towercast)
Nachträgliche wettbewerbsrechtliche Kontrolle eines Unternehmenszusammenschlusses

16.03.2023

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-339/21 (Colt Technology Services u.a.)
Kostenerstattung für Ermöglichung der Überwachung elektronischer Kommunikation

16.03.2023

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-174/21 (Kommission/Bulgarien)
Feinstaubbelastung in Bulgarien – Finanzielle Sanktionen

16.03.2023

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-634/21 (SCHUFA Holding u.a.)

(Erstellung von Score-Werten durch private Wirtschaftsauskunfteien)
sowie in den verbundenen Rechtssachen C-26/22 und C-64/22 (SCHUFA Holding u.a.)
Datenspeicherung bei privaten Wirtschaftsauskunfteien

16.03.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-508/21 P (Kommission/), und C-509/21 P (IGG/Dansk Erhverv)
Staatliche Beihilfen an grenznahe norddeutsche Getränkehändler?

16.03.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-457/21 P (Kommission/Amazon.com u.a.)
Staatliche Beihilfen–Tax Rulings

Gericht der Europäischen Union

13.03.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-671/19 (Qualcomm/Kommission)
Missbrauch marktbeherrschender Stellung bei 3G-Baseband-Chipsätzen

14.03.2023 Fortsetzung mündlichen Verhandlung vom Vortag vor dem Gericht in der Rechtssache T-671/19 (Qualcomm/Kommission)

15.03.2023 Fortsetzung der mündlichen Verhandlung der beiden Vortage vor dem Gericht in der Rechtssache T-671/19 Qualcomm / Kommission

16.03.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den Rechtssachen T-297/22 (BB Services/EUIPO – Lego Juris) und T-298/22 (BB Services/EUIPO Lego Juris)
Markenstreitigkeiten um Spielzeugfigur

20.03.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-605/21 Heureka Group (Online-Preisvergleichsdienste)
Schadensersatzklagen wegen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung

21.03.2023 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-100/21 Mercedes-Benz Group (Haftung des Herstellers von Fahrzeugen mit Abschalteneinrichtung)
Thermofenster – Nutzungsanrechnung

- 21.03.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-178/22 Procura della Repubblica presso il Tribunale di Bolzano
Zugriff auf Verbindungsdaten zur Ermittlung von Straftaten
- 23.03.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-365/21 Generalstaatsanwaltschaft Bamberg (Vorbehalt zum Grundsatz ne bis in idem)
Verbot der Doppelbestrafung
- 23.03.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-653/21 Syndicat Uniclima
Sicherheitsanforderungen an Geräte mit entzündlichen Kältemitteln
- 23.03.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-83/22 Tuk Tuk Travel
Erstattungsansprüche bei Rücktritt von Pauschalreise wegen Covid-19-Pandemie

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 24.03.2022.

Abkürzungsverzeichnis

| Europäisches Parlament | |
|--|-------|
| Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) | EVP |
| Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament | S&D |
| Fraktion Renew Europe | RN |
| Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz | GRÜNE |
| Europäische Konservative und Reformisten | ECR |
| Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke | GUE |
| Fraktion Identität und Demokratie | ID |
| Fraktionslos | FL |
| EU-Mitgliedstaaten | |
| Belgien | BEL |
| Bulgarien | BUL |
| Dänemark | DNK |
| Deutschland | DEU |
| Estland | EST |
| Finnland | FIN |
| Frankreich | FRA |
| Griechenland | GRI |
| Irland | IRL |
| Italien | ITL |
| Kroatien | KRO |
| Lettland | LET |
| Litauen | LIT |
| Luxemburg | LUX |
| Malta | MTA |
| Niederlande | NDL |
| Österreich | AUT |
| Polen | POL |
| Portugal | PTL |
| Rumänien | ROM |
| Schweden | SWE |
| Slowakei | SLK |
| Slowenien | SLO |
| Spanien | ESP |
| Tschechische Republik | CZR |
| Ungarn | HUN |
| Zypern | CYP |
| Länder außerhalb der EU | |
| Vereinigtes Königreich | GBR |
| Vereinigte Staaten von Amerika | USA |